

57. Jahrgang

1-2024

€ 5,00

FRIED FERTIG  
STATT KRIEGSTÜCHTIG

# AMOS

erscheint aus guten Gründen seit 1968 im Ruhrgebiet



## Stop !

wir sind  
gegen  
Krieg  
anbetrachts  
ziviler  
Opfer,  
auch  
gegen  
die  
Ermordung  
gegnerischer  
Krieger,  
gegen die  
wahnsinnige  
Zerstörung  
von Natur,  
von  
zivilisatorischen  
Errungenschaften,  
Verschwendung,  
Spaltung  
Traumatisierung  
Waffenproduktion

## Schafft !

globale  
Rechtsstaatlichkeit

## Inhalt

### Kolumnen

- 3 *Hermann Schulz*  
**William, ein unvergesslicher Freund**
- 4 *Hans Hubbertz*  
**Überzeugender Kampf gegen Rechts –  
 oder staatlich betreute Antifa-Wellness?**

### SCHWERPUNKT:

#### fried fertig statt kriegstüchtig

- 5 *Ute Mark*  
**Kriegstüchtig? Ohne uns!**
- 6 *Andreas Müller*  
**Die Geschichte vom „Zerbrochenen Gewehr“**
- 7 *Hartmut Futterlieb*  
**Friedensarbeit als Erinnerungsarbeit**
- 8 *Bernhard Trautvetter*  
**44 Jahre beharrlich für das Überleben  
 in Frieden: Das Essener Friedensforum**
- 9 *Michael Stiels-Glenn*  
**Sechs Jahre Friedensfreunde Dülmen –  
 sechs Jahre Unruhe**
- 10 *Wolfgang Dominik*  
**Atombomben – gibt es in Europa viel zu wenig.**
- 11 *Ingrid Farzin*  
**Frieden durch atomare Abschreckung?**
- 12 *Jürgen Klute*  
**Energiewende als Kriegsgrund**
- 14 *Komitee für Grundrechte und Demokratie*  
**„Wieder sprechen“ und „Widersprechen“**
- 15 *Jacqueline Andres*  
**Kriege und Aufrüstung verschärfen Klimakrise.  
 Greenwashing schützt nicht vor dem Klimakollaps.**

- 17 *Barbara Gierull*  
**In Recklinghausen muss niemand alleine gehen!**
- 17 *Andrey Koschuhowski*  
**Friedliches Zusammensein – trotzdem!**  
 Raduga e.V. Marl
- 18 *Hartmut Dreier / Ulrich Höpke*  
**Sicherheit neu denken – Debatte**  
 Einladung zur Diskussion
- 19 *Rana Salman*  
**Feinde werden zu Partner:innen für den Frieden**  
 Combatants for Peace
- 20 *Birgit Naujoks*  
**Flüchtlingsschutz statt Abschottung**  
 Integriertes Bleibemanagement statt Abschiebung

### Menschenorte 59

- 21 *Johannes Habich*  
**Bochum: Klaus bleibt! – Gegen Zwangsräumung  
 und Abriss. Ein Zwischenbericht**

### 1wurf

- 22 *Johanna Fleischhauer*  
**Gewaltlos, entschlossen, auf sich gestellt:**  
 Die Demokratie- und Friedensbewegung im Sudan

### Palästina

- 23 *Ute Hüttmann – März 2024*  
**Weltgebetstag der Frauen 2024 aus Palästina**  
 Kommentar zur Zensur in Deutschland

Impressum ...	Seite 13
Abo-Bestellschein ...	Seite 9
Lesetipps zu Palästina...	Seite 19
Anzeige Peter Hammer Verlag ...	Seite 24

## Editorial

Wir wollen Frieden! Und wir wollen endlich einen **AMOS** zum Frieden, inmitten der Debatten über „Kriegsfähigkeit“, „Taurus“, „weitere Waffenlieferungen“, „Friedfertigkeit“, „Verhandlungen“, „Pazifismus“, „Atomwaffenverbot“, „Schuldenbremse-Sondervermögen“. In unserer gruseligen Gegenwart mit Kriegen u.a. in der Ukraine und in Gaza/Naher Osten und in andern Regionen (z.B. im Sudan). Schon medial ist es nicht auszuhalten, wie Menschen wie Schlachtvieh ermordet werden.

In der **AMOS**-Redaktion haben auch wir Debatten. Nachzulesen in diesem Heft (S. 18) und auf unserer Homepage ([www.amos-zeitschrift.de/Themen/Friedensbewegung](http://www.amos-zeitschrift.de/Themen/Friedensbewegung) 2024). Wie endet der Krieg in der Ukraine – nach dem Angriff Russlands vor 2 Jahren? Und wie endet der Krieg im Nahen Osten? Welche Lösung gibt es in Israel/Palästina – nach dem Überfall der Hamas am 7. Okt. 2023 und dem Feldzug des israelischen Kriegskabinetts in Gaza und im Westjordanland. – „Du sollst nicht morden!“ Auch wir trauern um alle Getöteten, Verletzten. Erinnerungen, Traumatisierungen bleiben und werden vererbt!

Oft ratlos und welt-politisch machtlos fordern auch wir: Konsequente Abrüstungspolitik, angefangen bei ABC-Waffen! Öffentlichkeit und Solidarität mit den Bewegungen meist der Mütter und Frauen, für Waffenstillstände, für Kriegspausen, für Frieden, für Rechtsstaatlichkeit, für Demonstrations-

freiheit, für Kriegsdienstverweigerung, für Desertion, für das Recht auszuwandern. Wir erinnern: Die Präambel des Grundgesetzes spricht vom Frieden, nicht vom Krieg: „Im Bewusstsein seiner Verantwortung vor Gott und den Menschen, von dem Willen beseelt, als gleichberechtigtes Glied in einem vereinten Europa dem Frieden der Welt zu dienen“.

Wir sind in Basisbewegungen wirksam: „Fried fertig“ – nicht „kriegstüchtig“! In diesem **AMOS** bringen wir analytische und friedensethische Beiträge zu Themen hinter der Tagesaktualität: Ausstieg aus dem fossilen Zeitalter als Kriegsursache, Klimakatastrophe auch wegen Rüstung/Krieg, Verbot von Atomwaffen, Menschenrecht auf Asyl. Und dazu Berichte aus praktischen Projekten lokal-regional, wo Menschen statt verfeindet zu sein, befreundet sind und auch öffentlich für Frieden eintreten, Schulter-an-Schulter, durch Erfolge und Niederlagen hindurch, Menschlichkeit bewährend. Die Aufforderung ist nicht erst von gestern und sehr aktuell: „Das Gewehr zerbrechen!“ – Schon Kinder müssen lernen, wie Waffen zerbrochen werden, wie Streit geschlichtet wird.

Für den nächsten Heftschwerpunkt hat sich die Spinnrunde als offene Diskussionsvorlage vorgenommen: „Welches Ruhrgebiet wollen wir?“

Eure **AMOS**-Redaktion



Bitte überweist alsbald das Abo laut beiliegender Rechnung (gerne darf es auch etwas mehr sein!).



Hermann Schulz

## William, ein unvergesslicher Freund

Ich hatte in einem meiner letzten *AMOS*-Artikel zugesagt, nicht mehr über gerade verstorbene Freunde zu schreiben. Weil es um William Agudelo geht und um die Geschichte der Solidarität mit Nicaragua, wird man mir diese Ausnahme erlauben.

Wir trafen uns zuerst 1979 an einem verlassenem Ort weit von San Carlos am Großen See von Nicaragua. Den Namen des Ortes habe ich vergessen, ein Flugzeug hatte uns dort auf einer unglaublichen Piste abgeladen und war sogleich durchgestartet. Das war eine Zeit, als weder meine Frau noch ich ein Wort Spanisch sprachen; nach dieser ersten Reise hat sich das geändert.



William Agudelo mit Familie 1974 in Managua

William kam mit einem Boot aus Solentiname, um uns zu Ernesto Cardenal zu bringen. Ich hatte damals den Ehrgeiz, jeden meiner Autoren persönlich zu kennen. (Das konnte ich allerdings später nicht durchhalten!) William sprach ein paar Brocken Englisch; das führte zu einem ersten heiteren Missverständnis. Er fragte mich am ersten Tag, ob ich Jagen wollte, dann könnte ich Dogs (Hunde), er meinte aber Ducks, also Enten, schießen.

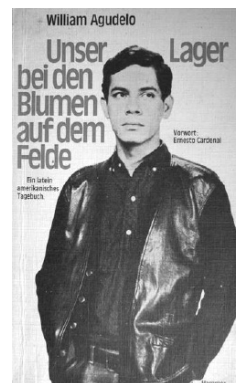
Ich machte mich auf den Weg auf der Suche nach wilden Hunden, aber alle, die ich in den Dörfern antraf, waren in enger Gesellschaft ihrer Leute, ich wagte nicht, sie abzuknallen, also kehrte ich ohne Jagdbeute zu William und Ernesto zurück. Mein Irrtum klärte sich schnell auf, denn Ernesto, dessen Gast wir waren, sprach hervorragend Englisch.

Wir machten bald eine unvergessliche Reise auf dem Rio San Juan bis zur Meeresküste (Greytown), übernachteten unterwegs in abenteuerlichen Hütten und Spelunken, hörten einer blinden alten Dame zu, die von der Zeit erzählte, als der Ort, heute ein verlassenem Nest mit wenigen Einwohnern, noch ein aufblühender Ort war. Dort sollte der Kanal gebaut werden, die Pläne wurden bald verworfen und in Panama ver-

wirklicht. Reste der herrschaftlichen Zeit konnten wir noch besichtigen.

Nach dem Sieg der Revolution wurde William Vertreter der FSLN in Europa und lebte, wenn er nicht auf Reisen war, in Wuppertal. Bis zu seinem Tod im Herbst 2023 schrieb er mir jede Woche und war ein enger Freund. Unvergessen seine Auftritte auf Kirchentagen und Konzerten als Sänger und Meister auf der Gitarre. Einmal brachte er ein Dutzend Truhen mit aus Managua, eine wunderbare Handarbeit, sie waren schnell ausverkauft. Eine steht auf einem Ehrenplatz in meinem Wohnzimmer!

Er war auch ein begabter Autor und Ernesto Cardenal drängte ihn, regelmäßig zu schreiben. Meist vergeblich. Aber sein Hauptwerk „Unser Lager bei den Blumen auf dem Felde“ (Wuppertal 1972, *Nuestro lecho es de flores*) wurde ein internationaler Erfolg mit mehreren Auflagen, mit einem Vorwort von Ernesto Cardenal; ein Buch von den Leidenschaften des jugendlichen William, bevor er zu Ernesto nach Solentiname ging. Er hatte Cardenal auf dem Seminar in Medellin in Kolumbien kennengelernt. Und dann gab es noch „Deutschland im Zug. Gedichte“ und die Sammlung „Lieder aus Nicaragua. Ich singe ein Land, das bald geboren wird“.



Wir, meine Frau und ich, erlebten den Sieg der Sandinistischen Front (FSLN) in Spanien in der Wohnung des Autors Eduardo Galeano. Das war ein großartiger Abend! Als wir in Wuppertal eintrafen, kam uns auf der Straße Agudelos Sohn Juan, damals vielleicht 12 Jahre alt, entgegen. Er strahlte über das ganze Gesicht: „Wir haben gesiegt!“ rief er.



William Agudelo mit Familie und Hermann Schulz 1985 in Managua

In Managua baute er ein Kulturzentrum, das allerdings die Zeiten nicht überlebte. William Agudelo starb Ende 2023 in Managua, nach längerem Leiden. Meine Kinder und ich und viele Freunde werden ihn nicht vergessen!

*Hermann Schulz, früherer Verleger des Peter Hammer Verlages, lebt heute als Autor von Romanen und Kinderbüchern in Wuppertal*

Hans Hubbertz

## Überzeugender Kampf gegen Rechts – oder staatlich betreute Antifa-Wellness?

Das Nachrichtenportal Correctiv berichtete kürzlich über ein Treffen von Geschäftsleuten, AfD- und CDU-Politikern mit Vertretern der rechtsextremistischen Szene bei Potsdam im November 2023. Dabei ging es um Deportationspläne, die sich gegen Millionen von Einwanderern und Deutsche mit Migrationshintergrund richten. Wenig überraschend löste der Bericht insbesondere bei Migranten in Deutschland erhebliche Ängste aus. Seitdem finden in Deutschland massenhaft Proteste gegen diese rechtsradikalen Pläne statt, die von der Bundesregierung und einer breiten Öffentlichkeit begrüßt werden. Die Solidaritätsbekundungen stehen unter dem Motto wie: „Nie wieder ist jetzt“, „Wir sind die Brandmauer“. Das Gebäude des Wirtschaftsministeriums in NRW präsentiert sich mit der Aufschrift „Der Unterschied zwischen 1933 und 2024? – Du!“.

Mit Blick auf die NS-Vorgeschichte der Bundesrepublik sind Solidaritätsbekundungen für Bedrohte und antifaschistische Kritik gegenüber rechtsextremistischen Bestrebungen zu begrüßen. Bei genauerer Betrachtung ergeben sich jedoch durchaus Fragen an die aktuellen bundesweiten Massenkundgebungen, die eine bequeme Variante des Antifaschismus anbieten, mit unübersehbarem Inszenierungscharakter:

Ein zentraler symbolischer Einstiegspunkt war die Äußerung von Bundesinnenministerin Faeser, die das auslösende Potsdamer Treffen mit dem hochrangigen NSDAP-Funktionäre im Jahr 1942 verglich: „Es weckt unwillkürlich Erinnerungen an die furchtbare Wannseekonferenz.“ Die damit angestoßene historische Analogie parallelisiert expressis verbis das Potsdamer Geheimtreffen mit der Koordinationsbesprechung der NS-Reichsregierung und der SS-Behörden unter dem SS-Obergruppenführer Reinhard Heydrich, dem Chef der Sicherheitspolizei und des Sicherheitsdienstes des Reichsführers SS, dem federführenden Organisator des Holocausts an den Juden und deren Deportation. Dementsprechend rückt Faeser mit ihrer aktivierten Analogie die zu erwartenden Ausgänge der Landtagswahlen in Sachsen, Thüringen und Brandenburg auf dem Hintergrund alarmierend hoher AfD-Zustimmungswerte in Richtung der Drohkulisse einer „Machtergreifung“.

Ist die Faesersche Gleichsetzung in der Sache haltbar? Für diejenigen, die sich nicht erst seit gestern mit rechtsextremistischen Bestrebungen in Deutschland beschäftigen, ist seit langem bekannt, dass in diesen Kreisen massenhafte Abschiebungsphantasien im Kontext einer ressentimentgeladenen Ausländerfeindlichkeit zum ekelerregenden Standardprogramm rechter Propaganda gehören. Von daher ergibt sich – trotz aller Widerwärtigkeit – nichts wirklich substantiell Neues. Neu ist nur, dass nun amtierende Politikerinnen und Politiker massenhafte Protestaktionen gegen die Propagandaaufschläge der AfD und deren Unterstützer befördern.

Der rechte Kreis derer, die sich bei Potsdam getroffen haben, verfügt de facto in keiner Weise über die Machtressourcen der damaligen Nazis; sie sind weder an der Regierung,

noch haben sie in irgendeiner anderen Weise einen vergleichbaren Einfluss Deportationen zu organisieren oder sich an die Macht zu putschen, wie die Philosophin Prof. Maria-Sibylla Lotter von der RUB in einem dlf-Interview erhellend erläuterte (vgl. <https://shorturl.at/nuHT7>).

Dies bedeutet nicht, dass man sich nun entspannt zurücklehnen könnte. Was ansteht, ist die Debatte um eine wirksame, demokratisch konstruktive Strategie gegen den zunehmenden Rechtsradikalismus, sachliche Analysen, Argumente, ein rationaler Diskurs, der aufzeigt, in welches fundamentale Desaster die Politik der rechten Kreise führt. Dazu dürfte auch eine kritische Auseinandersetzung mit der Politik der „Ampel“ gehören, die derzeit stark an Zustimmung verliert. Indem die FDP sich als Opposition in der Regierung verhält, zerfällt die Ampelkoalition erkennbar von innen und hat – ähnlich wie die Union – weiterhin Probleme, für die laufenden großen Krisen einleuchtende Lösungsangebote zu entwickeln.

Im Kampf gegen Rechts möchte Frau Faeser Regierungskritik demnächst als „Verhöhnung des Staates“ ahnden können, was zum 75-jährigen Grundgesetzjubiläum der Presse-, Meinungs- und Redefreiheit im Jahr 2024 alle Ehre erweist ;-)

In toto kann man davon ausgehen, dass die für die Koalition bedrohlichen Zustimmungswerte der AfD den impulsgebenden Anlass für die Regierungsparteien stiften, den politischen Gegner ins „rechte Licht“ zu rücken. Es geht darum, die Protestdemos als Zustimmung für die Regierung umzuformen. Den Protestbewegungen der Bauern, der mittelständischen Industrie, der Transportunternehmer konnte durch die Konzentration auf die Gefahr von Rechts erfolgreich die Spitze gebrochen werden. Mittlerweile eskaliert die Konfrontation in „satirischen“ Gewaltaufrufen: „Nazis keulen“ (Böhmermann/ZDF) und „Ampel-Galgen“ auf Bauerndemos.

Die Demos fungieren wie eine Vergemeinschaftung, in der die (problematische) Vorgehensweise des politischen Gegners (erfolgreich) kopiert wird, nämlich als Homogenisierung nach innen und als Abgrenzung nach außen.

Diese Schließung ermöglicht, dass sich die Antagonisten in einer Doppelrolle bewegen: Innerhalb der Polarisierung können beide gleichzeitig „Opfer und Sieger“ sein und so maximal profitieren. Die Vergemeinschaftungslogik macht aus den Massendemos die offizielle, regierungsamtlich bestätigte Anerkennung einer gefährlichen zu bekämpfenden Bedrohung des Systems. Je intensiver der Staat den rechtsextremen Gegner bekämpft, desto relevanter erscheinen die Rechtsradikalen und der Staat. Auf diesem Wege kann sich das Opfer stets zum Sieger erklären, – auf beiden Seiten.

Ute Mark

## Kriegstüchtig? Ohne uns!

Ist es widersinnig, absurd, zynisch oder schamlos, wenn sich Boris Pistorius Ende Januar ausgerechnet im Friedenssaal in Osnabrück, der Stadt des Westfälischen Friedens, deren Oberbürgermeister er einmal war, von einem Reporter der Bildzeitung interviewen lässt? Derselbe Politiker, der sich durch seinen Appell „Wir brauchen einen Mentalitätswechsel... Wir brauchen ihn in der ganzen Gesellschaft... Wir müssen kriegstüchtig werden.“ zum Kriegsminister qualifiziert hat.

Obwohl er im selben Interview beteuert, dass in absehbarer Zeit keine unmittelbare Gefahr eines russischen Angriffs besteht, beschwört er weiter das Prinzip der Abschreckung des Kalten Kriegs wegen einer ‚militärischen Bedrohungslage‘, die die Bevölkerung nun gefälligst erst einmal in allen Konsequenzen kapierten soll.

Das bedeutet zunächst höhere Militärausgaben – nicht zu vergessen die Folgekosten des 100 Milliarden schweren Sondervermögens auf Kosten anderer, wahrscheinlich gerade sozialstaatlicher Ausgaben – und mehr Personal für die Bundeswehr, gerne auch mehr Frauen.

Geniale Idee: auch Menschen ohne deutschen Pass oder Migrantenkinder, „die bereit sind für das Land ihres Aufwachsens Dienst zu tun“, zu rekrutieren. Fronteinsatz als Integrationsmaßnahme oder Militärdienst als Kompensation für Bildungsbenachteiligung? Dank eines „Vaterlands“, dessen Staatsbürgerschaft noch nicht erlangt wurde?

Als vorbildhaft nennt er im selben Interview u.a. Schweden, wo der Oberbefehlshaber Byden die Bevölkerung im Hinblick auf NATO-Mitgliedschaft und den russischen Angriffskrieg auf die Ukraine aufgefordert hat, sich auf einen möglichen Krieg vorzubereiten. Eine Forderung, die von anderen NATO-Kommandeuren bekräftigt und explizit nicht nur auf militärische Maßnahmen bezogen wird.

Wie sehr an diesem „Mentalitätswechsel“ gearbeitet wird, können wir seit der Ausrufung der „Zeitenwende“ täglich allen öffentlichen Verlautbarungen der Politik und in den Medien verfolgen: der öffentliche Diskurs im Zusammenhang mit dem Ukraine-Krieg dreht sich fast ausschließlich um Waffenlieferungen und nimmt seinen Fortgang von Munition über Panzer, Haubitzen über (von den USA gelieferte) Streumunition zu Marschflugkörpern.

Über diplomatische Bemühungen oder Deeskalationsstrategien zur Beendigung des Tötens und Leidens der Zivilbevölkerung und der Soldaten beider Seiten hören wir dagegen kaum etwas.

Stattdessen wird die Bedeutung deutscher Truppen in Litauen betont und das NATO-Manöver Steadfast Defender unter deutscher Führungsverantwortung begonnen. Dieses soll für die mentalitätswechselnde Bevölkerung gut sicht- und wahrnehmbar werden. Sollen wir uns an Panzer auf unseren Straßen, durchmarschierende Truppen und Schießübungen in unseren immer knapper werdenden Naturflächen gewöhnen?

Mentalitätswechsel: Frieden soll nicht mehr der Normalfall werden?

Lioba Meyer, Ex-Bürgermeisterin von Osnabrück, Mitunterzeichnerin einer Petition von Prominenten der Stadt für Friedens- und Verhandlungsperspektiven, kritisierte Pistorius' Forderungen als geschichtslos und gefährlich: „Sie bergen die Gefahr, dass kriegsverherrlichende Rhetorik wieder salonfähig wird.“

Was bedeuten Mentalitätswechsel und eine veränderte Rhetorik? Können sie funktionieren, ohne dass wir Menschen „an der Heimatfront“ eingeschworen werden auf ein manichäisches Freund-Feind-Denken, ein Schwarz-Weiß-Weltbild, das nur uns und die Maßnahmen der Politiker und Militärs als Garanten des Guten, Legitimen und Demokratischen versteht? Und in der „Gegenseite“ den Ursprung alles Bösen, Verurteilenswerten und Bedrohlichen sieht? Und sollen wir in dieser Komplexität reduzierenden moralischen Überheblichkeit blind dafür werden, dass die für unsere Seite reklamierten Werte wie Demokratie, Meinungsfreiheit, Friedensbereitschaft und Menschlichkeit vor lauter Kriegstüchtigkeit geopfert und mit Füßen getreten werden müssen? Und natürlich akzeptieren, dass für eine fortschreitende Militarisierung die gesellschaftlichen Ansprüche an ein gutes Leben geopfert werden müssen?

Über mangelnde Schützenhilfe bei der Umstimmung der Bevölkerung kann sich Pistorius nicht beklagen:

Carlo Masala, Professor der Bundeswehr-Hochschule, antwortet auf den Hinweis auf das ambivalente Verhältnis der Deutschen zum Militär in einem Interview: „Da sage ich: können wir das mal ablegen?“

Frau Strack-Zimmerman posaunte in einer Talk-Show: „Wenn ein Krieg nach einem Jahr nicht entschieden ist, dann kann er auch 10 Jahre dauern.“

Die Rüstungsindustrie wird applaudieren...

Sorgen wir dafür, dass sich möglichst viele Menschen der Gehirnwäsche der Kriegstüchtigen und -bereiten widersetzen, dass die Skepsis der Bevölkerung gegenüber Bundeswehrein-sätzen, Militarisierung, Waffenlieferungen und -exporten erhalten bleibt.

„Der Krieg kann niemals humanitär, sondern immer nur das Gegenteil sein. Niemals mehr Hass, Zerstörung und Tod! Niemals mehr Krieg! Das einzige Gegengift ist der Frieden. Viele sagen mir, dass das utopisch sei. Ich will daran glauben!“ (Enio Mancini, einer der wenigen Überlebenden eines SS-Massakers im August 1944 in einem italienischen Dorf)

Auch wer kein Glaubensbekenntnis zu Utopien ablegen will, kann und sollte sie doch als unverzichtbaren Wegweiser für ein Handeln im Sinne des Friedens schätzen und bewahren.

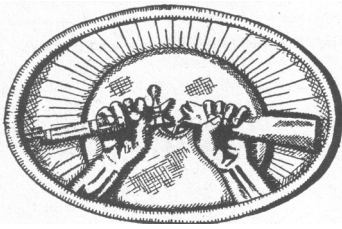
*Ute Mark wird sich auch durch Kanzler-Ermahnungen nicht davon abhalten lassen, weiterhin als Friedenstaube herumzulaufen.*



Andreas Müller

## Die Geschichte vom „Zerbrochenen Gewehr“

Das deutsche Kaiserreich: die Gesellschaft war in weiten Teilen militarisiert, von der Schule bis zum Arbeitsplatz, Mann galt erst etwas, wenn Mann den hübschen Soldatenrock angelegt hatte. Die 1892 gegründete Deutsche Friedensgesellschaft war eine bürgerliche Friedensorganisation, die den Verteidigungs- und Sanktionskrieg aber als zulässig erachtete. Und auch die SPD als größte Oppositionspartei wollte das Militär nicht abschaffen; sie propagierte ein „Volksheer“.



In dieser Zeit schufen sich die AnarchistInnen ein Erkennungszeichen: das zerbrochene Gewehr. Die Wochenzeitung „Der Freie Arbeiter“ der kommunistischen Anarchisten hatte es

seit April 1909 bis März 1932 in der Kopfzeile, ebenso wie die niederländische „De Wapens neder“ in der Januarausgabe 1919 der anarchistischen „Internationalen Anti-Militaristischen Vereeniging“ (IAMV), die beide seit 1904 erschienen.



Das Symbol des zerbrochenen Gewehrs hatte für sie einen umfassenden Sinn und ging über eine antimilitaristische Bedeutung hinaus, wie eine Leserschrift im „Freien Arbeiter“ im April 1927 erläuterte: „Es drückt erstens das Endziel unseres Wollens aus: die Beseitigung jeder Gewalt, die Zerstörung des Staates, die Erlösung vom Joch. Denn das Gewehr ist das Sinnbild der Ausbeutermacht. ... Zweitens zeigt uns unser Symbol auch den Weg, der zur Freiheit führt: die Fäuste der Geknebelten müssen zupacken und das Gewehr, die Waffen des Klassenstaates jeglicher Färbung mitten durch zerbrechen. Damit ist nicht gesagt, daß sie nicht zuvor die Waffen in ihrem Befreiungskampf geführt haben, die Waffe, die ihnen die Staatsgewalt zum Brudermord in die Hand drückt. ... Welches Arbeitersymbol kann sich an Fülle des Inhalts mit dem unseren messen, das wir stolz das anarchistische nennen?“

Und in der Zeitung „Junge Anarchisten“ hieß es im Juli 1926: „Das zerbrochene Gewehr ist für uns das Symbol, das wir als Proletarier durch die Mittel des revolutionären Klassenkampfes jede Gewalt, die als solche Unterdrückung bedeutet, zerbrechen müssen.“

„Revolutionärer Klassenkampf“ bedeutete für die AnarchosyndikalistInnen allerdings die gewaltlose Revolution, die

eben nicht mit Waffengewalt sondern mit den sozialen und ökonomischen Mitteln des Generalstreiks, Boykott und Sabotage, der Kombination von „direkter Aktion“ und zivilem Widerstand den herrschaftslosen Sozialismus herbeiführt, auch wenn andere Haltungen in ihren Publikationen zugelassen waren (wie die oben zitierte Leserschrift zeigt). Der Generalstreik im März 1920, der einen faschistoiden Putsch zusammenbrechen ließ, hatte ihnen die Macht des sozialrevolutionären Handelns gezeigt.

Das zerbrochene Gewehr hat inzwischen seinen Siegeszug quer durch viele gesellschaftspolitischen Gruppen vollbracht. Die PazifistInnen verwenden es, die Deutsche Friedensgesellschaft, die Kriegsdienstverweigerer, christliche Gruppierungen und viele mehr. Auf Plakaten, Buchtiteln, als Anstecknadel, Brosche oder Button, auf Transparenten oder gesprüht an Hauswänden.

Mit „Apostolischem Segen“ ließ Papst Pius XII. im Juni 1951 dem Düsseldorfer Akademie-Professor Otto Pankok für einen Holzschnitt danken, der zum Symbol christlicher Friedensbewegungen wurde: „Christus zerbricht das Gewehr.“ Mit Gewalt zerbricht er ein Gewehr über sein Knie in zwei Teile. Unterschrieben war der Brief von Giovanni Battista Montini, dem späteren Papst Paul VI.



Erich Mühsam hatte schon im April 1927 gemahnt: „Das Zeichen des zerbrochenen Gewehrs hieß damals: Zerschlagt dem Staat seine Waffen, weigert euch, sie für den Staat zu tragen.“ Den Anarchisten warf er vor: „Konservativ und verloren in holden Kindheitsträumen vergaßen sie ihre Gewehrnadeln abzunehmen, und als die Pazifisten sie ansteckten, da vergaßen sie sogar die ursprüngliche Bedeutung des Sinnbildes.“

Wie dem auch sei: ich habe meine Anstecknadel bei einem



Aufenthalt in der denkmalgeschützten „Bakuninhütte“ in Meiningen erhalten und trage sie gerne in der heutigen Zeit in dem Bewusstsein, was die anarchistische

Bewegung ihr vor 120 Jahren an Bedeutung verliehen hat.

Hartmut Futterlieb

## Friedensarbeit als Erinnerungsarbeit

In unseren Familienerzählungen galt die Zeit von Januar 1945 bis März 1946 als „die schlimme Zeit“, die weiteren vierziger und beginnenden fünfziger Jahre als „die schlechte Zeit“. Seit Mitte 1944 wohnte meine Mutter mit uns drei Kindern im „Landkaufhaus“ meiner Tante und unserer Großmutter in einem kleinen Dorf, das heute in Polen liegt.

Geboren 1941 beginnen meine Lebenserinnerungen: ein Mensch, der erschossen auf der Straße vor diesem Landkaufhaus liegt. Ich kann mich noch an das Geräusch von russischen Panzerketten erinnern. Unser Nachbar war Jäger; man hatte ein Jagdgewehr bei ihm gefunden; deshalb wurde er erschossen. Ich habe lange geglaubt, ich hätte das Bild nur aus Erzählungen im Kopf. Aber meine Mutter erzählte mir, dass sie mit einer Decke auf die Straße gelaufen seien, um den Toten zu bergen und zu begraben. Dabei sei ich hinterhergelaufen. Danach sei ich allein auf die Nerven gegangen, weil ich oft auf dem Boden gesessen habe und vor mich hing gesprochen habe: „Unser Vati liegt in Landsberg auf der Straße und den haben sie durch den Kopf und durch die Beine geschossen.“ Mein Vater war zu dem Zeitpunkt noch einmal eingezogen worden und kam später in der Tschechoslowakei in russische Kriegsgefangenschaft. Das Bild des toten Menschen auf der Straße ist mir nie aus dem Kopf gegangen.

Dazu kamen Erzählungen meines Vaters, die ich aufgenommen habe, bevor er starb.

Mein Vater war 1896 geboren. Er ging mit 18 Jahren als sog. Einjährig-Freiwilliger in den Ersten Weltkrieg, den er glücklicherweise mit einer kleinen Verwundung, aber weißhaarig geworden, überstand. Eindrücklich sind mir die Erlebnisse gewesen, die mein Vater von den unmenschlichen Kämpfen um Verdun erzählte: „Wegen der Scharfschützen mussten wir nachts gehen; wir haben uns an den phosphoreszierenden Leichenteilen in den zerschossenen Baumskeletten orientiert.“ – Wenn heute beim Ukrainekrieg von einem „Abnutzungskrieg“ gesprochen wird, ruft das in mir die unmenschlichen Bilder aus den Erzählungen meines Vaters auf.

So war es selbstverständlich, dass ich mit vielen anderen in der Studentenzeit auf die Straße ging und gegen den Vietnamkrieg protestierte.

Als ich 1973 nach Freiburg kam, um in der ESG (Ev. Studentengemeinde) zu arbeiten, geschah am 9. September der vom CIA gesteuerte Militärputsch in Chile. Unsere Chile-Solidarität begann: Ich erlebte zum ersten Mal Menschen, die durch die Folter gegangen waren. Wieder wurde es notwendig, auf die Straße zu gehen.

1980 kam ich als pädagogischer Studienleiter nach Bad Hersfeld. Ich kannte den Ort nicht und fragte im damaligen Büro der Christinnen und Christen für den Sozialismus (CfS) nach Kontakten an. Mir wurden genannt das „Buchcafé“ (eine selbstverwaltete Einrichtung), die Jugendwerkstatt und der Pfarrer aus dem Dörfchen Hattenbach bei Bad Hersfeld,

der ebenso wie ich zu CfS gehörte. Alle drei Anlaufstationen arbeiteten schon in der Friedensbewegung. Damals gab es in Bad Hersfeld eine Garnison der US-Army. Uns fiel auf, dass in Manövern in den Ausfallstraßen der Stadt MG-Nester bereitgestellt wurden; die Maschinengewehre waren dann in Richtung Stadt aufgestellt.

In den USA gab es den Film „The defence of the USA“, der in deutscher Übersetzung zwar in Österreich lief, aber in Deutschland nicht gezeigt wurde. In ihm wurde ein Manöver simuliert, in dem bei dem Auftauchen von sowjetischen Panzerspitzen im „Thüringer Zipfel“, dem sog. „Fulda Gap“, der gesamte Bereich von Würzburg bis Bad Hersfeld mit Atomwaffen zerstört werden sollte. Hattenbach war als „Ground Zero“ vorgesehen. Dort sollte die erste Atomwaffe gezündet werden. In dem Film war der Pfarrer aus Hattenbach mit seinen Konfirmanden zu sehen, er warnte, hier bliebe kein Stein auf dem anderen.

Von der Jugendwerkstatt aus besorgten wir uns unter der Hand die deutsche Fassung des Films in Österreich und schnitten daraus den sog. Hattenbach-Film. Damit machten wir die Pläne der US-Army deutschlandweit bekannt. Wir konnten jetzt die Manöver der US-Truppen besser beurteilen und auch die Bedeutung der Sprengschächte, die überall in den Ausfallstraßen angelegt waren. Sie sollten taktische Atomwaffen aufnehmen, die „im Ernstfall“ gezündet würden. Etwaige fliehende Bevölkerung würde durch die MG-Nester gezwungen werden, in ihre Häuser zurückzugehen. Die Zivilbevölkerung stört im Krieg.

Auch dies sind Parallelen, an die ich heute denke, wenn ich die Nachrichten von den Kriegen verfolge. Wir haben uns eines Nachts in den Räumen meiner Dienststelle, des Pädagogisch-Theologischen Instituts in Bad Hersfeld versammelt, haben Spraydosen mit Farbe verteilt und sind gegen zwei Uhr nachts losgezogen, um in kleinen Gruppen die Sprengdeckel kenntlich zu machen, auf die Straße zu sprühen, welchen Zweck sie haben sollten. Nachts um 3:00 Uhr war plötzlich sehr viel Polizei unterwegs; aber die Gruppen machten ihre Arbeit weiter; wenn wir gestört wurden, schlugen wir uns in die Büsche und tarnten uns als Liebespaar. Politische Aktionen können auch Spaß machen.

Die Friedensinitiative Bad Hersfeld gibt es noch heute, in einer Zeit, in der das Kriegsgeschrei anschwillt und die Börsenkurse der Rüstungsindustrie steigen! Es ist wieder notwendig auf die Straße zu gehen, auch für das Klima. Für mich sind die traumatischen Erinnerungen aus meiner Kindheit Leitlinien geworden. Der Einsatz von biologischen und chemischen Waffen sollte geächtet werden – und der Krieg überhaupt. Es gibt Alternativen, z.B. von „Sicherheit neu denken“ mit ihrem Impulspapier Nr. 4: vom 20. 11.2023.

*Hartmut Futterlieb, geb. 1941 in Frankfurt/Oder; Leben s.o. im Text, lebt in Bad Hersfeld. Verbunden auch mit dem Institut für Theologie und Politik (Münster/W.).*

(zu „Sicherheit neu denken“ s. auch S.18 in diesem AMOS.)

Bernhard Trautvetter

## 44 Jahre beharrlich für das Überleben in Frieden: das Essener Friedensforum

Das Essener Friedensforum wurde 1980 gegründet. Damals entstanden in vielen Stadtteilen, Kirchengemeinden, Betrieben usw. in Essen wie auch anderswo und bundesweit Friedensinitiativen. Das Essener Friedensforum koordinierte die lokalen Initiativen. Die Friedensbewegung reagierte damals auf den Beschluss der Nato, in Deutschland nukleare Mittelstreckenraketen aufzustellen, die für den Erstschlag und als bunkerbrechende Offensivsysteme für einen Enthauptungsschlag eingesetzt werden können.

Die Friedensbewegung erfuhr einen Aufschwung, der alle Erfolge der Nachkriegszeit übertraf, weil große Teile der Bevölkerung verstanden, dass dies ein Risiko bedeutet, das nie jemand eingehen darf. Deutschland Ost und West war die Region mit der größten Atomwaffendichte weltweit. SPD-Kanzler Helmut Schmidt unterstützte den Raketenbeschluss der Nato vom 12.12.1979, indem er eine Vorrüstung Russlands als Fakt darstellte, indem er die Arsenale der Atommächte Frankreich und Großbritannien ausblendete.

Das Essener Friedensforum koordinierte die Essener Vorbereitungen für die großen Friedensdemonstrationen im Bonner Hofgarten. Damals waren so viele DemonstrantInnen für den Frieden in der Bundeshauptstadt, dass die Busse am Autobahn-Rand abgestellt werden mussten. Ostermärsche für den Frieden wurden alleine an Rhein und Ruhr, so auch in Essen von mehr als 10.000 Menschen getragen.

Die Stärke der Friedensbewegung trug mit dazu bei, dass die Verhandlungen über die Vernichtung der in Europa aufgestellten landgestützten atomaren Mittelstreckenraketen erfolgreich waren. Ihr Ergebnis war der 2019 von der US-Regierung unter D. Trump aufgekündigte INF-Vertrag. (<https://www.ohne-ruestung-leben.de/nachrichten/article/was-ist-der-inf-vertrag-und-was-bedeutet-seine-kuendigung-263.html>)

Der nächste Aufschwung der Friedensbewegung in der Folgezeit verband sich mit den völkerrechtswidrigen Kriegen von Nato-Staaten gegen Jugoslawien, Libyen und den Irak.

2010 organisierte das Essener Friedensforum zusammen mit Pax Christi, den Internationalen Ärzten zur Verhütung des Atomkriegs (IPPNW) und der Deutschen Friedensgesellschaft (DFG-VK) und anderen im Kulturhauptstadtjahr eine große Konferenz und einen Gottesdienst – das alles mit der Unterstützung des Kulturbüros der Stadt Essen unter dem Motto „Unsere Zukunft atomwaffenfrei“. Unter den Vortragenden und Diskutierenden waren unter der Schirmherrschaft von Wolfgang Thierse der bekannte Psychologe Horst Eberhard Richter von IPPNW und der Träger des alternativen Nobelpreises Alyn Ware. Im Verlauf der Tagung trat der damalige Oberbürgermeister Paß den Bürgermeistern für den Frieden bei, eine weltweite Organisation, die einst von Hiroshima aus initiiert wurde. Die Konferenz konnte mit Hilfe des

Liedermachers Konstantin Wecker finanziert werden, da er ein Benefiz-Konzert gab, das die Lichtburg mit unterstützte. In das Konzert kamen über 1.200 ZuhörerInnen.

Das Essener Friedensforum hat seither immer wieder regelmäßige Infostände in der City und nach einer Pause seit Jahren in Rüttenscheid organisiert. Es trägt jedes Jahr den Ostermarsch für den Frieden mit, es koordiniert weiterhin die

Beteiligung von Friedenskräften an Demonstrationen der Bewegung in Berlin und dem Militärstandort Kalkar in der Nähe des Ruhrgebiets und es organisiert seit 2015 in Essen Friedensaktionen anlässlich von Strategietagungen des Nato-Think-Tanks JAPCC in Kalkar, die Beiträge zur Kriegsführung und Nuklearstrategie in Europa erarbeiten und die über Propaganda-Strategien beraten, wie die Öffentlichkeit für die Nato-Politik gewonnen werden kann.

Im Verlauf seiner Aufklärungsarbeit bezieht das Essener Friedensforum viele Partner mit ein, so den DGB, pro Asyl, das Vielrespektzentrum, pax Christi, das Billeforum und andere.

Am Antikriegstag, den das Essener Friedensforum seit langem mit dem DGB zusammen durchführt, traten schon viele Sprecher/innen aus dem Bereich des Engagements für das Überleben auf, darunter Vertreter/innen von Greenpeace, der IPPNW, den Parents for Future, der LINKEN, der Bündnisgrünen, des runden Umwelttisches sowie Christinnen und Christen.

Das Essener Friedensforum blickt auf eine seit Jahrzehnten erfolgreiche Kooperation mit der VHS Essen zurück, mit der es jeden Monat außerhalb der Ferienzeiten eine größere Aufklärungs- und Diskussions-Veranstaltung durchführt. Als Gäste begrüßte das Essener Friedensforum bei seinen Veranstaltungen unter anderem den Armutsforscher Christoph Butterwegge, die deutsch-französische Journalistin Beate Klarsfeld, den Völkerrechtler Norman Paech, den überregional bekannten Journalisten Andreas Zumach, Friedensforscher/innen, ökologisch engagierte Referent/innen und weitere Experten für Frieden, Zusammenarbeit und Abrüstung.

*Bernhard Trautvetter, Mitglied im Bundesausschuss Friedensratschlag, Sprecher des Essener Friedensforums, aktiv auch im Ostermarschkomitee, vernetzt mit ‚Gemeinsam für Stadt Wandel‘, publizistisch aktiv u.a. für die Nachdenkseiten, Telepolis, Ossietzky, Friedensforum und die Marxistischen Blätter, Referent für Friedensökologie im Netzwerk Friedenskoperative. | Website des Essener Friedensforums: <https://essener-friedensforum.de/>*





Michael Stiels-Glenn

## Sechs Jahre Friedensfreunde Dülmen – sechs Jahre Unruhe

**2017** überließ der Bund der US-Army die Tower Barracks in Dülmen. Dort war eigentlich ein ziviles Logistikzentrum geplant, groß wie 66 Fußballplätze, 1 km von der A 43 entfernt mit direktem Anschluss an die Bahnstrecke von Essen nach Münster. Die US-Army lagert hier u.a. 250 gepanzerte Fahrzeuge für eine Kampfbrigade mit 4.000 Soldaten. Ca. 200 zivile Mechaniker und Lageristen halten die Waffen ständig einsatzbereit. Die wenigen US-Offiziere sind interessanterweise Logistiker, das Brigademotto lautet: „Amateure diskutieren über Taktik, die Profis über Logistik.“ Moderne Kriegsführung soll das passende Kriegsmaterial in kürzester Zeit an die richtigen Kampfplätze in Polen, Estland, Lettland und Litauen bringen.



Die Kriegsgefahr hat sich seit dem russischen Angriff auf die Ukraine erheblich verschärft, auch eine atomare Eskalation wird wahrscheinlicher. Die Bundesregierung liefert Waffen nur an eine Seite – und wird damit Kriegspartei, wovon der wissenschaftliche Dienst der Bundesregierung ausdrücklich warnte.

Mit der Stationierung von Waffen in den Tower Barracks gründeten sich im Februar 2017 die Friedensfreunde Dülmen. Mit Briefen an örtliche Abgeordnete und Politiker, mit Leserbriefen und Presseberichten machten wir auf die Militarisierung aufmerksam. „Global denken, lokal handeln“ lautet einer unserer Grundsätze.

Als wir im Sommer 2018 erfuhren, dass Mitarbeiter mit Cadmium verseucht worden waren, ließen wir Materialproben analysieren; seither sorgt Militärpolizei dafür, dass kein Mitarbeiter mehr wagt, etwas nach außen zu tragen.

Seit 2019 finden jeden Freitag Mahnwachen vor den Barracks statt – inzwischen 230 Wochen mit der Forderung „Stoppt das Aufrüsten! Verhandeln statt Schießen!“ – auch während der Corona-Pandemie, was uns einige Strafanzeigen einbrachte. Weil wir dabei die Auflagen einhielten, wurden alle Anzeigen eingestellt. Die Friedensfreunde haben damit ihre Politik auch während Corona öffentlich gestaltet und sich nicht ins Internet zurückgezogen.

Wir führten sechs lokale Ostermärsche durch und blockierten mehrfach symbolisch die Zufahrt zu den Barracks.

Wir unterstützten die Fahrrad-Friedenstouren der DFG-VK und der Seebrücke, sind in der Klimabewegung aktiv und organisierten viele Demonstrationen. Wir erinnern an frühere Kriege und ihre Vorbereitung, z. B. an die Zerstörung Dülmens am 21. und 22. März 1945 durch Luftangriffe der Alliierten und die antijüdischen Pogrome vom 9.11.1938.

Über die sechs Jahre wurden die Friedensfreunde zu einem festen Bestandteil der Dülmener Politik: Wir stifteten ein Ginkgo aus Hiroshima für die Stadt, sorgten dafür, dass das Bronzerelief über die Bombardierung endlich vom wuchtigen Kriegerdenkmal getrennt wurde und einen würdigen Standort an der Kirchenmauer bekam. Zwei größere Ausstellungen, Bürger-Dichter-Lesungen und kleine Konzerte runden unsere Friedensarbeit vor Ort ab. Wir berichten über unsere Politik auf der Internetseite <https://ff-duelmen.dfg-vk.de> und auf der Facebook-Seite der Friedensfreunde.

Wir gaben eine Broschüre zum „Projekt Friedensstadt Dülmen“ und ein Buch mit literarischen Texten „Friede verbindet über Grenzen“ heraus, was auf

unsere Kooperation mit der Friedensbewegung in Enschede hinweist.

*Dr. Michael Stiels-Glenn war von 2017–2023 Sprecher der Friedensfreunde Dülmen.*

### AMOS-ABO

**Ich bestelle ein AMOS-ABO**  
gegen eine Kostenbeteiligung von 20,- € pro Jahr.

**Rechnungsanschrift (AbonentIn)**

Name \_\_\_\_\_  
 Straße \_\_\_\_\_  
 PLZ/Ort \_\_\_\_\_  
 Datum \_\_\_\_\_ Unterschrift \_\_\_\_\_

**Lieferanschrift (falls von Rechnungsanschrift abweichend)**

Name \_\_\_\_\_  
 Straße \_\_\_\_\_  
 PLZ/Ort \_\_\_\_\_

**Zahlungsweise**

- Verrechnungsscheck** über 20,- € liegt bei
- Überweisung** über 20,- € ist erfolgt  
am \_\_\_\_\_ an **AMOS**, Marl,  
IBAN: DE31 4305 0001 0033 3001 20  
BIC: WELADED1BOC

*Mir ist bekannt, dass ich diese Bestellung innerhalb einer Woche widerrufen kann. Laut Gesetz bestätige ich dieses Wissen mit meiner Unterschrift:* \_\_\_\_\_

*ausschneiden und einsenden an Hartmut Dreier, Adresse s. Impressum*

Wolfgang Dominik

## Atombomben – gibt es in Europa viel zu wenig.

Als älterer Friedensfreund erinnere ich mich gut an einen Spiegel-Artikel vor langer Zeit: „Bedingt abwehrbereit.“ Mein gesamtes antimilitaristisches Leben hindurch begleiteten mich Horrormeldungen von dem baldigen Überfall der Sowjetunion auf Westeuropa. In der Bundeswehr mussten dauernd irgendwelche Panzer-, U-Boot-, Bomber-, Fregatten-, Raketenlücken geschlossen werden, um verteidigungsfähig zu werden. Josef Fischer, genannt Joschka, ehemaliger Außenminister, hatte mit großer Medienunterstützung in letzter Zeit aufgerufen, die EU zu einer eigenständigen Atommacht aufzubauen, die den Schutzschild der USA z.B. nach der Wahl Trumps gegebenenfalls qualitativ und quantitativ ersetzen kann. Selbstverständlich müsse endlich massiv aufgerüstet werden, weil Europa nicht verteidigungsfähig ist. Nur ein atomar und konventionell hoch gerüstetes Europa könne Putin hindern, ein großrussisches Imperium aufzubauen und dann uns zu überfallen.



Für den 21.1.2024 war dieser Experte der Kriegslogik von Norbert Lammert zu der von ihm kreierten Veranstaltung „Ein Gast – Eine Stunde“

ins Schauspielhaus Bochum eingeladen. Fischer, der als Außenminister ganz besonders mitverantwortlich war für den völkerrechtswidrigen NATO-Überfall auf Jugoslawien, sollte nach Ansicht des Friedensplenums Bochum nicht in ein Theater eingeladen werden, das eigentlich bisher dem Frieden verpflichtet war.

In einem offenen Brief teilte das Friedensplenum Bochum das dem Intendanten Simons mit. Hier ist der Brief nachzulesen: <https://www.bo-alternativ.de/2023/12/21/keine-buehne-fuer-joseph-fischers-atomare-machtpolitik/>. Abgelehnt! Aber die WAZ berichtete ausnahmsweise ausführlich über unseren Brief.

Lammert, u.a. Ex-Bundestagspräsident, war in seiner Laufbahn unter Helmut Kohl u.a. als Koordinator für die Luft- und Raumfahrtindustrie ein wichtiges Scharnier der Regierung zum militärisch-industriellen Komplex. Die zahlreichen Funktionen und Nebenerwerbsquellen, die Fischer in allen möglichen auch kriegstüchtigen Organisationen und Unternehmen innehat, sind hier nachzulesen: [https://de.wikipedia.org/wiki/Joschka\\_Fischer#T%C3%A4tigkeit\\_als\\_Berater\\_und\\_Lobbyist\\_nach\\_der\\_politischen\\_Karriere](https://de.wikipedia.org/wiki/Joschka_Fischer#T%C3%A4tigkeit_als_Berater_und_Lobbyist_nach_der_politischen_Karriere).

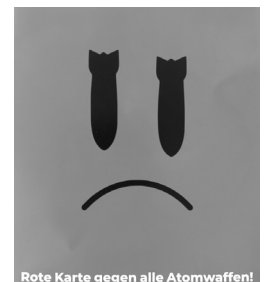
Lammert und Fischer waren als hochrangige Politiker mitverantwortlich für die Umfunktionierung der Bundeswehr in eine weltweit operierende kriegsrische Interventionsarmee. Sie unterstützten durch logistische Unterstützung aus

Deutschland den völkerrechtswidrigen Angriffskrieg der USA mit der Koalition der Willigen gegen den Irak mit Millionen Toten.

Der Inhalt der Talk-Runde nur ein belangloses Plaudern?

Was habe ich gelernt? Die beiden duzen sich, sie waren Teamkollegen in der Herrenfußballmannschaft des Bundestages. Lammert schwoll förmlich über vor Gemeinsamkeiten: Gleicher Jahrgang, aufgewachsen in Handwerkerfamilien, sozialisiert als Messdiener, bei Opel gearbeitet... Fischer ist Fan von Eintracht Frankfurt, Lammert vom VfL Bochum. Lammert lieferte Stichworte und Fischer beichtete z. B., wie peinlich es ihm war, in Turnschuhen als Minister vereidigt zu werden, seine Fraktion hatte das verlangt.

Das zog sich über eine halbe Stunde hin. Dann gab Lammert das Stichwort, was angesichts des Krieges in der Ukraine und in Gaza zu tun sei. Die Antworten klangen seltsam geschichtslos. Putin hätte in Europa zum ersten Mal Krieg geführt, um Grenzen neu zu ziehen. Das muss verhindert werden. Der von einem Mitglied des Friedensplenums gerufene Einwand „Jugoslawien und Völkerrecht“ wurde von Fischer gekontert, dass er ja die Vergewaltigung von Frauen hätte beenden müssen. Aber Putin hätte die Europäische Friedensordnung zerstört. Bis dahin seien Grenzen in Europa akzeptiert worden. Als Fischer sich durch einen Zwischenruf aus Reihen des Friedensplenums wegen seiner atomaren Aufrüstungspläne angegriffen fühlte, erzählte er, dass „Europa“ nicht in der Lage sei, sich zu verteidigen (s.o.). Zum Israel-Gaza-Krieg: Eine höchst gefährliche Situation. Das war's. Der Rüstungsexperten-Dialog der beiden Bellizisten Fischer und Lammert war kurz und bot kein einziges Mal Raum für Worte wie Friedensgespräch oder -verhandlung oder auch nur Waffenstillstand. Erschreckend für mich war, dass Fischer für seine Atombomben- und Aufrüstungspläne den Applaus der großen Mehrheit des Publikums erhielt. Waren das in der Mehrzahl Lammert- und Fischer-Fans?



Friedensplenum, DFG-VK und IPPNW hatten vor dem Schauspielhaus mit Transparenten und Flugblättern die Atombombenpläne Fischers kritisiert und ihren Brief an den Intendanten des Schauspielhauses verteilt. Dabei ergaben sich auch wohl wegen des eisigen Windes auf dem Theatervorplatz wenige Gespräche, einige Teilnehmer\*innen lobten unser Engagement. Die WAZ berichtete erstaunlicherweise kein Wort aus dem Theater, dafür aber über 4 Spalten mit Fotos inhaltlich zutreffend über unsere Theatervorplatz-Aktion. Für uns ein großer Erfolg.

*Wolfgang Dominik, Jg. 1944, politischer Geburtstag 2.6.1967, war nie kriegstüchtig, hat ca. 300 Kriegsdienstverweigerer als Beistand der Ev. Kirche vor kriegstüchtigen Ausschüssen begleitet, verzichtet für sich auf jede NATO-Verteidigung.*

Ingrid Farzin

## Frieden durch atomare Abschreckung?

Es ist 90 Sekunden vor 12 auf der „Doomsday clock“ – sagt das Bulletin of Atomic Scientists 2024, noch nie war die Gefahr eines Atomkrieges so hoch wie heute.

„Die Europäische Union braucht eine eigene atomare Abschreckung“, sagt Ex-Außenminister Fischer; ähnlich die Spitzenpolitikerin der SPD im Europäischen Parlament Katarina Barley.

Am 6. August 1945 erschütterte eine Atombombe Hiroshima und die ganze Welt. Eine Atombombe mit einer Sprengkraft von 15 Kilotonnen TNT. Heute hat das atomare Arsenal auf der Welt eine Sprengkraft von mindestens 130.000 Hiroshima-Bomben. Wenn 1 Reiskorn eine Hiroshima-Bombe symbolisiert, dann entsprechen 2.600 Gramm Reis 130.000 Hiroshima-Bomben.

350 Jahre lang könnte man täglich eine Hiroshima-Bombe abwerfen; würde man heute damit anfangen, könnte man Tag für Tag bis ins Jahr 2374 ein neues Hiroshima erschaffen.

Jede Explosion würde, wie in Hiroshima, innerhalb von Sekunden einen Plasmafeuerball entstehen lassen, so heiß wie im Kern der Sonne. Alles in seinem Inneren verdampft – Menschen, Gebäude, Flora, Fauna, die ganze Zivilisation. Ein gewaltiger Feuersturm entsteht und schleudert die Reste unserer Kultur als Atompilz in die Atmosphäre. Nach wenigen Tagen werden sie als „schwarzer Regen“ die Überlebenden radioaktiv verseuchen. Dazu ein Film des Roten Kreuz: <https://www.youtube.com/watch?v=CRgJHTmBGOE>



„Atomare Abschreckung“ funktioniert aber nicht mit einer Bombe – um einen Gegner abzuschrecken, brauche ich zumindest immer eine Bombe mehr als er hat.

Eine Arbeitsgruppe um den KI-Forscher Max Tegmark am MIT in Boston/Mass. hat, auf der Basis öffentlich zugänglicher Daten, einen Atomkrieg zwischen den USA und Russland simuliert und in einem Video zusammengefasst. Explosionen, Feuerstürme und radioaktiver Niederschlag sind nur der Anfang. Tausende „Hiroshima-Bomben“ verursachen tausendfache Atompilze, die Terratonnen von Ruß und Staub in die Atmosphäre und darüber hinaus in die Stratosphäre schleudern. In wenigen Tagen verteilen Winde in der Stratosphäre den Ruß wie einen Vorhang über die nördliche Erdhalbkugel und verdunkeln das Sonnenlicht. Die Temperatur stürzt um bis zu 30 Grad Celsius ab, die Nahrungsmittelproduktion bricht zusammen, ein jahrelanger „nuklearer Winter“ bricht an, der zu einer „nuklearen Hungersnot“ unvorstellbaren Ausmaßes führt – 5 Milliarden Menschen könnten verhungern, vor allem in den Ländern der nördlichen Hemisphäre, Nordamerika, China, Russland und in Europa, auch in Deutschland. Seht euch dieses Video an: [https://time.com/6290977/nuclear-war-impact-essay/\(auf englisch\)](https://time.com/6290977/nuclear-war-impact-essay/(auf%20englisch))



Doch selbst ein „nur regionaler“ Atomkrieg, der mit weniger als 3% des weltweiten Nuklearpotentials geführt würde,

mit etwa 75 Gramm von den 2,6 kg Reis aus unserem Reisbeispiel, hätte katastrophale globale Auswirkungen. Als „Modell“ diente ein Atomkrieg zwischen Indien und Pakistan mit Einsatz von Atombomben, die 3.300 Hiroshimabomben entsprechen. Neben 164 Millionen unmittelbaren Toten muss mit 2,5 Milliarden verhungerten Menschen gerechnet werden, da der nukleare Winter zu Temperaturen wie in der letzten Eiszeit führen würde. Informativ ist auch dieses Video: <https://www.youtube.com/watch?v=NBeeRVkTeJg>



Stellen wir uns nur einen Moment eine solche Situation vor: jeder 3. Mensch droht zu verhungern – wie würden wir uns verhalten? Werden die Älteren den Jüngeren die Nahrung überlassen, damit sie weiterleben können? Werden wir anfangen uns gegenseitig aufzuessen? Ist das die Welt, die wir unseren Kindern übergeben wollen?

Auf Englisch heißt atomare Abschreckung „mutually assured destruction“, abgekürzt: MAD!!

Bringen uns noch mehr Atombomben mehr Sicherheit?

Fragen wir doch die Überlebenden aus Hiroshima und Nagasaki. Fordern sie mehr atomare Aufrüstung und einen atomaren Schutzschirm? Nein, ihre Botschaft an die Welt ist: Nie wieder! – Kein Mensch soll erleben müssen, was wir erlebt haben. Wir wollen die letzten Hibakusha-Atombombenopfer sein. Sie unterstützen mit ihren Organisationen unermüdlich den Kampf für atomare Abrüstung.

Denn aufgeschreckt durch diese Forschungen und zutiefst enttäuscht vom Zusammenbruch der atomaren Abrüstungsanstrengungen der 80er und 90er Jahre gründete sich 2007 ICAN – die Internationale Kampagne zur Abschaffung von Atomwaffen, ein Bündnis von 450 Organisationen aus 100 Ländern, das sich für ein Verbot von Atomwaffen durch die Vereinten Nationen einsetzte. Am 7.7.2017 verabschiedete die Generalversammlung der Vereinten Nationen den Vertrag über das Verbot von Atomwaffen (AVV) mit 122 Stimmen. Dieser Vertrag verbietet Staaten Atomwaffen zu testen, entwickeln, produzieren und zu besitzen, sie weiterzugeben, zu lagern, einzusetzen und mit dem Einsatz zu drohen. Er ist seit Januar 2021 völkerrechtlich verbindlich in Kraft. 93 Staaten haben ihn unterzeichnet, 70 Staaten sind bis heute beigetreten. Deutschland hat seit kurzem den Beobachterstatus inne – immerhin ein halber Schritt in die richtige Richtung.

„Wir müssen die Atomwaffen vernichten, bevor sie uns vernichten“ sagte Antonio Guterres, Generalsekretär der Vereinten Nationen, im Juni 2022.

Lasst uns diesen Weg weitergehen, für unsere Kinder, für das Leben!

*Dr.med. Ingrid Farzin, 75 Jahre, war 33 Jahre als Hausärztin in Bochum tätig. Seit 1982 ist sie Mitglied der „Internationalen Ärzte für die Verhütung des Atomkriegs-IPPNW“, Friedensnobelpreis 1985. Zur Atomkriegsgefahr kommt sie gerne zu Diskussionsveranstaltungen rund um Bochum. Kontakt: [ingrid-farzin@mailbox.org](mailto:ingrid-farzin@mailbox.org)*

Mehr Infos auch unter [www.icanw.de](http://www.icanw.de), [www.ippnw.de](http://www.ippnw.de)



Jürgen Klute

## Energiewende als Kriegsgrund

Teile der Linken und der Friedensbewegung in Deutschland machen die Nato verantwortlich für den russischen Angriff auf die Ukraine. Andere verweisen auf Putins großrussische Phantasien als Kriegsursache und auf seine Angst vor demokratischen Gesellschaften. Von linker Seite wäre hingegen zu erwarten, nach ökonomischen Gründen für den völkerrechtswidrigen russischen Angriff auf die Ukraine zu fragen. Fragt man nach ökonomischen Gründen, wird man schnell fündig und landet bei der Klimaerwärmung und der daraus resultierenden Energiewende als Maßnahmenpaket zur Eindämmung der Klimaerwärmung.

Bevor ich weiter auf die Energiewende als Kriegsursache eingehe, noch ein Blick auf die Rolle der Nato. Am 30. Januar 2022 hielt der Vorsitzende der „Allrussischen Offiziersversammlung“ Leonid Iwaschow vor Mitgliedern dieser Organisation einen Vortrag, in dem er u.a. betonte: „Was die Bedrohungen von außen angeht: Diese sind durchaus vorhanden. Nach unserer Experteneinschätzung sind sie jedoch derzeit nicht kritisch und bedrohen nicht unmittelbar die Existenz der russischen Staatlichkeit oder ihre vitalen Interessen. Im Großen und Ganzen ist alles stabil, die Kernwaffen sind unter zuverlässiger Kontrolle, die NATO-Streitkräfte werden nicht aufgestockt, und es finden keine Aktivitäten statt, die Russland bedrohen. Daher ist die Situation rund um die Ukraine in erster Linie künstlich hervorgerufen worden und dient dem Vorteil einiger innerer Kräfte in Russland. Infolge des Zusammenbruchs der Sowjetunion, an dem Russland (Jelzin) maßgeblich beteiligt war, wurde die Ukraine ein unabhängiger Staat, Mitglied der UNO und hat gemäß Artikel 51 der UN-Charta das Recht auf individuelle und kollektive Verteidigung.“ (Die ganze Rede und Anmerkungen zu ihrer Einordnung finden sich hier: <https://europa.blog/de/putins-krieg-gegen-die-ukraine-ein-krieg-gegen-die-energiewende/>.)

Die Bemerkung, die künstlich erzeugte Situation um die Ukraine diene „dem Vorteil einiger innerer Kräfte in Russland“, lässt sich als Hinweis auf ökonomische Kriegsgründe lesen.

In der Bundesrepublik wird die Energiewende vor allem als ökologisches Projekt diskutiert. Diese Fokussierung blendet aus, dass die Energiewende auf die Grundlagen der heutigen Wirtschaft zielt: auf die fossile Energieversorgung, von der derzeit noch die Funktionsfähigkeit der Wirtschaft abhängt und die selbst einen erheblichen Teil der Wirtschaft darstellt, in dem viel Geld umgesetzt und verdient wird. Das sollte im Rahmen der COP28, die im November 2023 in Dubai stattfand, eigentlich jedem klar geworden sein.

Die Folgen der EU-Energiewende für Russland hat der russische Energieexperte Michail Krutichin in einem taz-Interview vom 07.04.2022 dargelegt. Die russische Abhängigkeit vom Export von Öl und Gas bezifferte er auf ca. 60 Prozent der Gesamteinnahmen der russischen Wirtschaft und auf ca. 1/3 des Staatshaushaltes. Ein schneller Ausstieg aus der

fossilen Energieproduktion hätte für Russland weitreichende ökonomische Folgen.

Stefan Schultz hatte bereits in seinem Spiegel-Artikel „Die grüne Weltrevolution“ vom 28.09.2019 die Frage erörtert, welche geopolitischen und ökonomischen Auswirkungen die Energiewende haben dürfte. Nach seiner Einschätzung wird durch die Energiewende die bisherige geopolitische und geökonomische Struktur tiefgreifend verändert. Das gilt nicht allein für Russland, sondern für alle Staaten, deren wirtschaftliche Basis der Export fossiler Energieträger bildet.

Gleichwohl hat diese Einschätzung bisher nur begrenzte Aufmerksamkeit erfahren. Immerhin findet sich auf der Webseite des Deutschlandfunks (DF) der Beitrag „Lässt Putin den EU-Gasmarkt gezielt austrocknen?“ (14.10.2021), in dem gefragt wird, ob die damalige Reduktion der russischen Gaslieferungen nach Europa ein Versuch sein könnte, die EU-Energiewende zu konterkarieren. Abgeleitet wird dieser Schluss aus dem Konflikt zwischen der russischen Regierung und der EU um die Laufzeit von Gaslieferverträgen. Russland insistierte seinerzeit auf langfristigen Verträgen, die EU hingegen wollte nur einen Handel zu Tagespreisen an den entsprechenden Börsen. Der DF-Bericht endet mit folgender Einschätzung: „Gleichzeitig würden solche Langfristverträge den Green Deal, die ambitionierten Dekarbonisierungspläne und Klimabemühungen der EU, konterkarieren. Denn die EU-Länder müssten bis Mitte oder gar Ende der 2030er Jahre große Mengen des fossilen Energieträgers Gas importieren, auch wenn die Erneuerbaren Energien bereits in diesem Jahrzehnt den erwarteten und angestrebten Entwicklungsschub bekommen sollten. Aber offensichtlich will Moskau genau das auch erreichen.“

Am 17.10.2021 erschien auch im Spiegel ein Interview mit dem russischen Energieexperten Michail Krutichin. Darin hat Krutichin noch einmal deutlicher als in dem oben zitierten taz-Interview den kritischen Blick der russischen Regierung auf die EU-Energiewende herausgestellt: „Russlands Führung ist plötzlich klar geworden, dass das, was sie erst in 50 Jahren erwartet haben, viel schneller Wirklichkeit wird. Sie haben gesehen, dass Europa – und nicht nur Europa – den Übergang zu einer CO<sub>2</sub>-freien Energieversorgung konkret plant, dass es ihn ernsthaft finanziert und dass es die nötigen Gesetze schafft. Russlands Führung hat verstanden, dass sie die Einnahmen aus dem Export ihrer fossilen Energieträger weit früher verlieren könnte, als sie dachte. Und deshalb wird jetzt faktisch ein Krieg erklärt: Sorry, aber ihr müsst diesen Übergang bremsen. Putin hat das klar formuliert, als er sagte, Russland werde bis 2060 klimaneutral. Das hieß übersetzt: Ihr mit euren Zieldaten 2035, 2040, 2050, macht mal langsamer, so schnell klappt das bei euch nicht. Und wenn ihr den Übergang trotzdem so schnell machen wollt, dann – das ist faktisch ein Ultimatum – werden wir euch diesen Winter frieren lassen, und ihr müsst eure Strategie zum Green Deal überdenken. Das ist sozusagen der große Krieg, und alles andere

– der Streit um Verträge, Liefer Routen – sind nur Episoden, Scharmützel in diesem Krieg.“

Die russische Wirtschaft basiert auf Extraktivismus, auf dem Verkauf von Rohstoffen und landwirtschaftlichen Produkten. Die EU-Energiewende geht also vor allem zulasten russischer Oligarchenfamilien, die Putin stützen und deren Reichtum Putin im Gegenzug politisch absichert.

Welchen Vorteil hätte Russland von einer Vereinnahmung der Ukraine?

Die Ukraine war vor dem russischen Überfall der weltweit fünftgrößte Exporteur von Weizen. Hinzukommen andere Nahrungsmittel wie z.B. Sonnenblumenkerne und Sonnenblumenöl. Russland war vor dem Überfall der weltweit größte Exporteur von Weizen. Zusammen stehen Russland und die Ukraine für etwa 28 Prozent der weltweiten Weizenexporte. Hauptabnehmer des russischen Weizens sind Ägypten (ca. 31%) und die Türkei (ca. 17%). Hauptabnehmer des ukrainischen Weizens sind Ägypten (22%) und Indonesien (ca. 19%).

Mit einer Übernahme der ukrainischen Landwirtschaft würde Russland seine Rolle als weltweit größter Getreideexporteur ausbauen und dann ca. 28 Prozent des weltweiten Weizenexports kontrollieren. Damit hätte Putin der russischen Wirtschaft und dem Staatshaushalt nicht nur eine zusätzliche Einnahmequelle erschlossen. Als mit Abstand größter Getreideexporteur hätte Russland sich auch entscheidenden Einfluss darauf gesichert, wieviel Getreide zu welchem Preis wohin geliefert wird. Politische Macht erwächst nicht allein aus militärischer Stärke, sondern nicht zuletzt auch aus der Kontrolle der Lebensmittelproduktion und -verteilung.

Wenig diskutiert werden die Rohstoffvorkommen in der Ukraine. Es geht nicht nur um die Kohlevorkommen in der Region Donbass. Wie erst vor wenigen Jahren festgestellt wurde, verfügt die Ukraine über die zweitgrößten Erdgasvorräte in Europa. Damit ist die Ukraine ein potentieller Konkurrent für Russland als Gas-Lieferant für Europa.

Doch es gibt noch weitaus interessantere Rohstoffvorkommen in der Ukraine, die teils bisher noch gar nicht erschlossen sind, die aber eine große Bedeutung für die EU-Energiewende haben. Darauf verweist ein Artikel in der Washington Post vom 10.08.2022 (In the Ukraine war, a battle for the nation’s mineral and energy wealth). Die Autoren Anthony Faiola und Dalton Bennett schreiben: „Der Kreml beraubt dieses Land der Bausteine seiner Wirtschaft – seiner natürlichen Ressourcen.“ Ein paar Zeilen weiter heißt es: „Nach fast sechsmonatigen Kämpfen hat Moskaus schmutziger Krieg zumindest einen großen Erfolg erbracht: die Ausweitung der Kontrolle über einige der mineralienreichsten Gebiete in Europa. Die Ukraine verfügt über eine der weltweit größten Titan- und Eisenerzreserven, unerschlossene Lithiumfelder und riesige Kohlevorkommen. Zusammengenommen sind sie mehrere Billionen Dollar wert.“

117 der 120 am häufigsten verwendeten Mineralien und Metalle, so Faiola und Bennett, finden sich in relevanten Mengen in der Ukraine. Weiter schreiben die Autoren, dass

Russland im Sommer 2022 bereits 63 Prozent der Kohlevorkommen der Ukraine, 11 Prozent der Erdölvorkommen, 20 Prozent der Erdgasvorkommen, 42 Prozent der Metalle und 33 Prozent der Vorkommen an seltenen Erden und anderen wichtigen Mineralien, darunter Lithium, kontrollierte. Für Faiola und Bennett hat der russische Überfall auf die Ukraine daher direkte Auswirkungen auf die Sicherheit der europäischen Energieversorgung und auf eine künftige klimafreundliche Energieproduktion, die auf Mineralien wie Lithium und so genannte seltene Erden angewiesen ist. Infolge des Krieges wurden laut Faiola und Bennett zudem Vorhaben westlicher Bergbauunternehmen, entsprechende Vorkommen zu erschließen, gestoppt.

Eine Einverleibung der Ukraine durch Russland bedeutete also nicht nur eine Kompensation wegbrechender Einnahmen aus dem Export von Öl, Gas und Kohle, sondern ermöglichte auch eine Einflussnahme auf die EU-Energiewende – abgesehen von dem politischen Hebel infolge der Kontrolle eines erheblichen Teils der weltweiten Weizenproduktion.

*Jürgen Klute, Pfr. i.R. und ehemaliger MdEP. Seit vielen Jahren Mitarbeiter beim AMOS, Herausgeber des Europa.blog und Kolumnist bei MedyaNews (medyanews.net).*

Gerhold Strack

### Nie wieder!

Wieder wird Vernunft zur Agentin der Feinde erklärt und Humanität zum Luxus.

Wieder walzen Profit, Macht und Gier durch die Länder und fordern von verzweifelten Menschen Opferbereitschaft und Heldentum.

Wieder sitzen gut gekleidete Lautsprecher:innen der Gesellschaft am Rande und verurteilen eifrig die Unmenschlichkeit – der Feinde.

Schon wieder ...

*Gerhold Strack, \*1949, Berlin, Lehrjahre im Ruhrgebiet*

## Impressum

### Herausgeber:

AMOS e.V. c/o Rolf Euler  
Cäcilienhöhe 32  
45657 Recklinghausen  
E-Mail: amos-ev@web.de

### Redaktionsadresse:

AMOS c/o Hartmut Dreier  
Schumannstr.6, 45772 Marl  
Tel: 02365-42076  
E-Mail: dreier.mar1@freenet.de

Internet: <http://amos-zeitschrift.de>

E-Mail: [redaktion@amos-zeitschrift.de](mailto:redaktion@amos-zeitschrift.de)

Konto: AMOS IBAN: DE31 4305 0001 0033 3001 20 | BIC: WELADED1BOC  
ISSN 1615 - 3278

Erscheinungsweise: 1 x vierteljährlich

**Herausgabe & Redaktion:** Wolfgang Belitz, Unna | Robert Bosshard, Oberhausen | Robina Cronauer, Herten | Hartmut Dreier, Marl | Rolf Euler, Recklinghausen | Friedrich Grotjahn, Bochum | Rolf Heinrich, Gelsenkirchen | Stefan Hochstadt, Essen | Hans Hubbertz, Recklinghausen | Ute Hüttmann, Marl | Jürgen Klute, Wanne-Eickel | Carl-D.A. Lewerenz, Bochum | Marion Lillig, Recklinghausen | Axel Lippek, Bochum | Anna Musinszki, Dortmund | Rebekka Scheler, Bochum | Hermann Schulz, Wuppertal | Peter Strege, Dortmund | Renate Wangelin, Bochum

**Schwerpunktthema** verantwortlich: Hartmut Dreier, Rolf Euler

**Endredaktion/Layout:** Axel Lippek **AMOS Schriftzug:** Jochen Stankowski  
**Titelbilder 1983–2019:** Manfred Walz

**Druck:** Halterner Druckerei GmbH  
[www.halterner-druckerei.de](http://www.halterner-druckerei.de)

**Einzelpreis:** 5,00 €

**Papier:** chlorfrei gebleichtes Papier **Abo-Preis:** 20,00 € jährlich inkl. Versand  
AMOS kooperiert mit dem elektronischen Nachrichtendienst „iJey.de“ (Leipzig).

## „Wieder sprechen“ und „Widersprechen“

Eine Initiative gegen Krieg und seine Folgen ist während des Krieges im ehemaligen Jugoslawien vom Komitee für Grundrechte und Demokratie gegründet worden und hieß „Ferien vom Krieg“. Damals und bis heute wurden Kindern und Jugendlichen, die unter den Verheerungen des Krieges auf dem Balkan gelitten haben, Ferienwochen abseits ihrer Städte gemeinsam mit Kindern aller Volksgruppen angeboten.

Seit einigen Jahren wurden auch gemeinsame Seminare und Workshops für israelische und palästinensische Jugendliche in Deutschland durchgeführt. Vor kurzem wurde „Ferien vom Krieg“ umbenannt in „Wi(e)dersprechen“.

Heute steht das Projekt vor den heftigen Herausforderungen des Krieges in Palästina. In ihrem Rundbrief aus November heißt es:

„Das diesjährige Dialogseminar für Israel\*innen und Palästinenser\*innen liegt nur wenige Monate zurück. Als wir uns nach zwei herausfordernden Wochen von diesen beeindruckenden Frauen\* verabschiedeten, ahnten wir nicht, dass die Region eine so brutale politische Zäsur erfahren würde. Der Angriff der Hamas auf israelische Zivilist\*innen hat uns zutiefst schockiert und bestürzt.

In Reaktion auf diesen Angriff und die fortdauernden Raketenangriffe der Hamas führt die israelische Regierung nun einen Krieg, der bereits unzählige zivile Opfer im Gazastreifen gefordert hat und dessen Ende oder gar eine über das Kriegsende hinausführende Lösung im Moment nicht abzusehen ist.

Unsere Partner\*innen in Israel und Palästina berichteten uns, dass mehrere israelische Teilnehmende Verwandte und Freund\*innen beim Angriff der Hamas verloren haben oder Menschen kennen, die als Geiseln verschleppt wurden. Ein palästinensischer Teilnehmender des Dialogseminars 2019 wurde in seinem Dorf im Westjordanland von israelischen Siedlern erschossen. Er war einer von vielen jungen Menschen in Israel und Palästina, die die Spirale aus Hass, Entmenschlichung und Gewalt durchbrechen wollen. Wir trauern mit unseren Partner\*innen um alle Opfer und befürchten, dass es noch viele weitere geben wird.

Eine israelische Mitarbeiterin unserer Partner\*innenorganisation (...) beschrieb die derzeitige Lage vor wenigen Tagen so:

„Wir alle verlieren hier jedes Zeitgefühl. Wir sind völlig überwältigt. Im vergangenen Monat haben wir Vorstandstreffen abgehalten, wir sind alle über Telefon und Internet miteinander in Kontakt. Es gibt eine Messengergruppe, in der unser Team und unsere Aktiven sich austauschen können. Diese Situation ist extrem herausfordernd und wir haben große Mühe, zusammenzuhalten. Die Überwachung der sozialen Medien macht es für viele von uns sehr schwer, sich zu äußern, vor

allem selbstverständlich für die palästinensischen Aktiven, sowohl aus dem Westjordanland aber auch für die, die die israelische Staatsangehörigkeit haben. Selbst „sichere“ Messenger fühlen sich nicht mehr sicher an. Ich habe ein unationales digitales Treffen für die jüdisch-israelische Gruppe organisiert, jemand anderes bereitet gerade ein Treffen für die Gruppe der 48er-Palästinenser\*innen vor. ...

Gerade ist es sehr schwer, ein Licht am Ende des Tunnels zu sehen, aber wir wissen, dass als Organisation weiterzumachen der einzige Weg ist, auch wenn wir nicht jeden Tag daran glauben. Ich schreibe ‚wir‘, aber selbstverständlich erleben wir alle die Situation unterschiedlich – ich schätze, eure Medien zeigen die brutale Situation im Westjordanland; die israelischen Medien tun das kaum. Hier in Tel Aviv zu leben, ist trotz der Raketen sicher. Eine der größten Herausforderungen für uns ist es wahrscheinlich gerade, mit den unterschiedlichen Berichterstattungen umzugehen, mit denen wir uns jeweils konfrontiert sehen, aber darum können wir uns gerade nicht kümmern. Einige Palästinenser\*innen aus dem Westjordanland haben unsere gemeinsamen Chatgruppen verlassen – dies ist auch in der Vergangenheit schon passiert, damals kamen sie wieder zurück, ich hoffe, sie kommen rechtzeitig wieder. Auf individueller Ebene bleibe ich gleichzeitig mit den allermeisten von ihnen in Kontakt. (...)“

Ob und wie in dieser Situation ein „Dialog über Grenzen hinweg“ im Rahmen von Dialogseminaren, wie wir sie seit 2002 (nach der „Ersten Intifada“ in einer ebenfalls von Gewalt geprägten Situation) in Deutschland organisieren, möglich ist, wissen wir im Moment noch nicht. Allerdings gibt es auch in dieser schmerzvollen Zeit auf beiden Seiten weiterhin Menschen, denen es Kraft gibt, mit der „anderen Seite“ in Verbindung zu bleiben und gemeinsam an Gewaltfreiheit und Verständigung festzuhalten. Wir sind mehr denn je überzeugt davon, dass es diese direkten menschlichen Kontakte sind, die helfen können, Hass und Feindschaft zu überwinden und die Chance auf eine gewaltfreie Zukunft zu erstreiten. Eben diese Bestrebungen wollen wir gerade jetzt weiter stärken und unterstützen.

Wir haben deshalb entschieden, trotz aller Unsicherheit über die Entwicklungen vor Ort, die Möglichkeiten für Gespräche und Begegnungen im kommenden Sommer offen zu halten und z. B. Räume und Flüge zu reservieren.

Wir bleiben konsequent und solidarisch an der Seite aller, die sich in Israel und Palästina gewaltfrei für eine gerechte Zukunft einsetzen, in der alle in Sicherheit leben können.“

(gekürzt von AMOS)

Infos und Kontakt: <https://widersprechen.org>  
Spendenkonto für Wi(e)dersprechen:  
Kontoinhaber: Grundrechtskomitee  
IBAN: DE30 3702 0500 0001 7873 02  
BIC: BFSWDE33XXX



Jacqueline Andres

## Kriege und Aufrüstung verschärfen Klimakrise.

### Greenwashing schützt nicht vor dem Klimakollaps.

Während der COP28 in Dubai hielten Aktivist\*innen in einem von der Women's International League for Peace and Freedom organisierten Protest einen aufblasbaren Elefanten in Höhe: er symbolisierte den unausgesprochenen Elefanten im Raum, die durch das Militär verursachten Emissionen. Nach Schätzungen der Scientists for Global Responsibility (SGR) verursachen die globalen Militärapparate 5,5% der globalen Emissionen. Ebenfalls besagen die Schätzungen der SGR, dass die militärischen Lieferketten ein Fünffaches des militärischen Kraftstoff- und Energieverbrauchs ausmachen könnten.

Eine genaue Zahl der durch Militär verursachten Emissionen liegt nicht vor, da die Meldung der durch Auslandseinsätze verursachten Emissionen vom Kyoto Abkommen 1997 ausgeklammert und im Pariser Abkommen von 2015 der Freiwilligkeit der Staaten überlassen wird. Daran haben einige Staaten auch großes Interesse, denn dadurch rückten die immensen Emissionen nicht ins Rampenlicht, und es blieb ebenfalls geheim, was sie in den Auslandseinsätzen trieben. So betonte Markus Rülke vom Bundesverteidigungsministerium: „Wir möchten nicht, dass jeder weiß, wie viel Treibstoff wir bei diesen Einsätzen verbrauchen – wie weit wir fliegen, wie weit wir fahren und wie unsere Übungsmuster aussehen.“ In den letzten Jahren stieg der Druck aus der Wissenschaft und der Zivilgesellschaft, die militärischen Emissionen zu thematisieren und zu messen.

### Wandel im Diskurs: Anerkennung der Problematik militärischer Emissionen

Tatsächlich findet im Diskurs ein Wandel statt, der sich auch im Rahmen des COP28-Treffens in Dubai zeigte. Zum ersten Mal fand ein „Tag des Friedens“ statt und die Rolle des Militärs an den globalen Emissionen wurde thematisiert. Doch dies fand in einer von der Münchener Sicherheitskonferenz organisierten Veranstaltung statt, an der u.a. der NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg teilnahm. Dabei ging es um „Erklärungen zu den Auswirkungen des Klimawandels auf den Verteidigungssektor, das toxische Erbe der Kriege und die Notwendigkeit von Netto-Null-Militär.“

Jedoch leitete COP28 keine konkreten Schritte zu einer verpflichtenden Transparenz und zu einer Abrüstungspflicht ein. Auch in einer im Januar 2024 vom Analyse- und Resercheteam des EU-Rates veröffentlichten Studie „Greening the armies“ wird eingestanden, so Jürgen Wagner, dass ein Problem mit CO<sub>2</sub>-Emissionen des Militärs und der diesbezüglichen Berichtspflicht vorliegt. Doch der Diskurs um grünes Militär ist weiterhin Augenwischerei und die Militärs und Verteidigungsministerien sind aus unterschiedlichen Gründen auch dazu gezwungen, sich mit den Zusammenhängen der Klimakrise und dem Militär zu stellen.

Zum einen beschränkt die bereits voranschreitende Klimakrise die Einsatzfähigkeit der Militärapparate und ihrer

temperatursensiblen Kriegsgeräte: beispielsweise explodierten im Rahmen von intensiven Hitzewellen zwischen 2018 und 2019 sechs Munitionsdepots im Irak und im Jahr 2020 eines in Jordanien.

Zum anderen bringt eine Reduzierung der Abhängigkeit von fossilen Energien und eine mögliche Energieautarkie auch militärische Vorteile, eine strategische Überlegenheit mit sich. Studien warnen zudem, dass sich die fossilen Energien voraussichtlich bis 2065 dem Ende zuneigen. In der Studie



Janine & Jim Eden, New York City - Oil Wars, Global Warming, Climate Wars  
CC BY 2.0, <https://commons.wikimedia.org/w/index.php?curid=86388045>

„Greening the armies“ wird zudem darauf hingewiesen: „Da sich die Gesellschaften von fossilen Brennstoffen abwenden, kann das Militär nicht der einzige Sektor bleiben, der weiterhin auf Diesel und Gas angewiesen ist. Der weitere Betrieb von Raffinerien und unterstützender Kraftstoffinfrastruktur für einen Sektor allein könnte unerschwinglich, wenn nicht gar unmöglich werden und würde unverhältnismäßig große Ressourcen erfordern.“

### Grüne Bundeswehr – ungläubwürdige Mär?

Die Bundeswehr muss bis 2045 klimaneutral werden – so sieht es das im August 2021 in Kraft getretene novellierte Bundes-Klimaschutzgesetz vor. Es ist ein nicht realisierbares Vorhaben. Zwar richtete das Verteidigungsministerium im Jahr 2022 die Stelle einer Beauftragten für Nachhaltigkeit ein und veröffentlichte im November 2022 seine Nachhaltigkeits- und Klimaschutzstrategie, doch das Erreichen der „Klimaneutralität“ bis 2045 bleibt ohne Abrüstung unmöglich.

In seiner Nachhaltigkeitsstrategie plant das Bundesverteidigungsministerium hinsichtlich von neun Handlungsfeldern auf Nachhaltigkeit hinzuwirken. Diese umfassen u.a. „Mobilität, Beschaffung und Infrastruktur“. Mobilität dürfte das wichtigste Handlungsfeld sein, da die Emissionen der Bundeswehr hauptsächlich durch das Betreiben der militärischen Großgeräte entstehen. So verbraucht ein Eurofighter beispielsweise 3.500 kg pro Flugstunde, der Leopard-2-Kampfpanzer

mehr als 500 Liter Treibstoff für 100 km im Gelände. Doch hier finden vor allem die Quellen der inländischen Mobilitätsmissionen Platz – die „grüne“ Mobilität heißt hier: mehr als die bisherigen 600 Elektrofahrzeuge der Bundeswehr, mehr Fahrrad und öffentlicher Personennahverkehr, mehr ökologische Dienstreisen und mehr Telearbeit.

Der entscheidende Punkt der Kraftstoffe für das Großgerät kann bislang nicht nachhaltig gestaltet werden. Zwar sollen synthetische Kraftstoffe noch weiter erforscht und die bisherige sehr geringe Produktion gesteigert werden – das ist Zukunftsmusik, die, wenn überhaupt, vermutlich erst nach 2045 ertönen wird.

Zum Thema Beschaffung werden die aktuell geplanten energieintensiven Rüstungsprojekte und die gesteigerte Munitionsproduktion nicht problematisiert, aber geplant ist die Beschaffung von recyceltem Papier, ökologischen Möbeln, Bekleidung, Büroelektrogeräten und umweltverträglichen Reinigungsmitteln. Ähnlich dürfte hier die Nachhaltigkeitsstrategie in einem Kindergarten aussehen. Das Greenwashing des Militärs überzeugt längst nicht alle.

Die eingeleitete „Zeitenwende“ und der Anstieg der globalen Rüstungsausgaben stellen die Weichen, die uns zu einem Klimakollaps zu führen drohen. In der Studie *Climate Crossfire*, herausgegeben u.a. von TNI, Stop Wapenhandel und Tipping Point North South betonen die Autor\*innen, dass die Erfüllung der NATO-Mitglieder ihrer Zielvorgabe 2% des BIPs für Militär auszugeben, katastrophale Folgen mit sich zieht: Es würde zu „schätzungsweise 467 Millionen Tonnen zusätzlichen Treibhausgasemissionen führen“ und es würden innerhalb von fünf Jahren „bis 2028 schätzungsweise zusätzliche 2,57 Billionen US-Dollar von den Klimaausgaben abgezogen, was ausreichen würde, um die Kosten für die Anpassung an den Klimawandel in allen Ländern mit niedrigem und mittlerem Einkommen sieben Jahre lang zu decken.“

Die kleinstufigen Nachhaltigkeitsziele der Bundeswehr sind somit zu wenig, zu spät und völlig unbedeutend, wenn wir uns anschauen, wie sich die aktuelle globale Aufrüstungswelle entwickelt und was die Kriegseinsätze der Bundeswehr und anderer Streitkräfte bewirken.

### Krieg und Aufrüstung – Weichen zum Klimakollaps

Doch nichts ist umwelt- und klimaschädlicher als Krieg. Die aktuellen Bilder der Zerstörung aus Gaza, die aufgeblähten gestrandeten Meeressäuger im Schwarzen Meer seit Beginn des Ukrainekrieges, die entlaubten Mangrovenwälder im Vietnamkrieg oder auch die brennenden Ölfelder Kuwaits illustrieren die Tatsache, dass Kriege der Zerstörung dienen und den Umweltschutz sowie den Respekt vor Leben in die Bedeutungslosigkeit drängen.

Laut Klimaforscher\*innen verursachten die ersten 18 Monate des Ukrainekrieges bis September 2023 Treibhausgasemissionen in der Höhe von 150 Millionen Tonnen CO<sub>2</sub>, etwa so viel wie Belgien. Es handelt sich um grobe Schätzungen, die den Treibstoffverbrauch der Militärgeräte, die kriegsbedingten Waldbrände und die geschätzten zukünftigen Wiederaufbauemissionen umfassen.

Ähnliche Berechnungen liegen für Gaza vor: „In den ersten zwei Monaten des Krieges in Gaza sind gigantische CO<sub>2</sub>-Emissionen entstanden. Diese sind größer als der jährliche ökologische Fußabdruck von mehr als 20 Nationen. Über 99 Prozent der geschätzten 281.000 Tonnen Kohlendioxid, die in den ersten 60 Tagen nach dem Hamas-Angriff vom 7. Oktober ausgestoßen wurden, lassen sich auf Israels Luftangriffe und die Bodeninvasion in Gaza zurückführen, so das Ergebnis einer erstmals durchgeführten Analyse von Forschern aus dem Vereinigten Königreich und den USA.“ Auch der Wiederaufbau wird jährlich erhebliche Emissionen verursachen, „die höher sind als die von über 130 Ländern und sich damit mit denen Neuseelands messen können.“

Die langfristigen Umweltschäden durch die flächendeckende Bombardierung Gazas und die Flutung der Tunnel unter Gaza mit Salzwasser durch die israelischen Streitkräfte, sind noch nicht konkret absehbar.

Schauen wir nach Afghanistan, so finden wir Beispiele für eine solche Langzeitauswirkung durch Bomben: Im Jahr 2017 warf das US-Militär die „Mutter aller Bomben“, die GBU-43/B Massive Ordnance Air Blast (MOAB), über Afghanistan ab und noch im Jahr 2023 litten Anwohner\*innen an den Folgen, wie sie der Journalistin Lynzy Billing gegenüber schilderten: „Früher konnten wir auf meinem Land 150 Kilogramm Weizen ernten, aber jetzt bekommen wir nicht einmal mehr die Hälfte davon. [...] Die Pflanzen sind krank und wir sind es auch.“

Langfristige Schäden nehmen die Waldflächen in den Kriegsgebieten: Durch den Ersten und Zweiten Krieg bis 2003 in der Demokratischen Republik Kongo – d.h. durch fast zehn Jahre Krieg, der mehr als 5,4 Millionen Menschen tötete – sollen Waldflächen in der Größe Belgiens zerstört worden sein. Krieg und die Vertreibung von Menschen ließen auch die bewaldeten Flächen in Syrien, Sudan und Südsudan oder auch Tigray schrumpfen. Auch die Militärdiktatur in Myanmar treibt die Abholzung der Wälder voran, um sich dank dem Abkauf von u.a. europäischen Firmen, zu finanzieren.

Die Klimakrise hat bereits schon heute tödliche Auswirkungen auf Menschen und Umwelt – wir können uns keine Aufrüstung und keine Kriege leisten, wenn wir den Planeten erhalten wollen.

*Jacqueline Andres ist seit 2015 Teil der Informationsstelle Militarisation e.V. (IMI), zu ihren Forschungsschwerpunkten zählen Klima und Krieg. u.a. Autorin der IMI-Analyse 2020/34: Krieg und Klima, ISSN: 1611-213X: <https://www.imi-online.de/download/IMI-Analyse2020-34Klima.pdf>*

Gerhold Strack

### Ewige Werte

Unverdrossen wehen die Banner des christlichen Abendlandes über Kirchen, Konzernen, Banken, Parlamenten, Medienhäusern, Schlachthöfen und Schlachtfeldern:

Nicht lügen!      Nicht stehlen!      Nicht töten!

Barbara Gierull

## In Recklinghausen muss niemand alleine gehen!

Am 26.1.2024 fand die Gedenkveranstaltung „Erinnerungsmarsch“ zum Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus statt. Zum 2. Mal trafen sich Bürgerinnen und Bürger zum „Koffermarsch“, wie die Veranstaltung im Kreis mittlerweile genannt wird. Die Koffer sollen daran erinnern, wie jüdische Mitbürgerinnen und Mitbürger mit nur dem Allernötigsten ihr Zuhause und ihre Stadt verlassen mussten, in die verschiedenen Konzentrationslager deportiert und dort zum allergrößten Teil ermordet wurden.

Über 500 Menschen gingen den Weg vom Rathaus bis zur Synagoge mit Plakaten „#weremember“ oder „#niewieder“ oder eben auch mit Koffern und Taschen. Eingebettet wurde die Gedenkveranstaltung in diesem Jahr in das Motto „Recklinghausen für Toleranz und Zivilcourage“, um deutlich zu machen, dass Erinnern einen Bogen aus der Vergangenheit in die Gegenwart schlägt – von „wir erinnern uns“ zu „nie wieder – auch heute nicht“.



Isaac Tourgman, Vorbeter der Jüdischen Gemeinde, auf dem Koffermarsch Richtung Synagoge

Anschließend fand eine Veranstaltung mit Worten des Gedenkens, Musik und Friedensgebeten in der Synagoge statt. „Im letzten Jahr waren ungefähr 200 Menschen da“, berichtet ein Mitarbeiter der Synagoge, „und dieses Mal kommen so viele Menschen, über 500 – was für ein großes Zeichen!“ Schnell kamen dann allerdings ganz praktische Fragen auf: „Wir haben nur Platz für ungefähr 250 Menschen, wie sollen wir sie alle in die Synagoge einladen?“ Aber alle rückten einfach noch enger zusammen und viele blieben draußen gemeinsam stehen. Dieses Zusammensein und Miteinanderreden auch vor der Tür trotz Kälte und starkem Wind – das gibt Hoffnung!

Geplant und durchgeführt wird der Erinnerungsmarsch von der Jüdischen Kultusgemeinde Kreis Recklinghausen, dem Ev. Kirchenkreis, dem Kath. Kreisdekanat sowie der Islamischen Gemeinde Recklinghausen (VIKZ). In diesem Jahr waren ebenfalls Schülerinnen und Schüler des Gymnasiums Petrinum beteiligt, die am Vormittag den offiziellen Gedenkakt der Stadt Recklinghausen ausrichteten und anschließend mit auf den Erinnerungsmarsch gingen.

Im Kreis Recklinghausen gehen nicht nur die Menschen gemeinsam los, um sich zu erinnern und gegen Unrecht aufzustehen. Hier stehen auch die Religionsgemeinschaften zusammen!

*Barbara Gierull, geb. 1962, 2017 Promotion über den interreligiösen Dialog der ev. ChristInnen deutscher Sprache in Jerusalem. Derzeit landeskirchliche Beauftragte für Nes Ammin und Arbeit im Ev. Kirchenkreis Recklinghausen; lebt in Bochum und forscht weiter an der Ruhr-Uni über interreligiösen Dialog und ökumenische Beziehungen in Israel und Palästina.*

Andrey Koschuhowski

## Friedliches Zusammensein – trotzdem! Raduga e.V. Marl

Wir sind in Kultur, Integration und Bildung mit Kindern und Erwachsenen tätig, für ein friedliches Zusammensein über alle Grenzen hinweg. Im Internet gibt es auch Raduga-Vereine in andern Orten, aber wir sind selbständig. „Raduga“ – übersetzt aus Russisch – bedeutet Regenbogen, der symbolisiert eine Vielfalt von Möglichkeiten, Menschen miteinander zu versammeln, Brücken zu bauen mit Kultur, Musik, Theater und weiteren Künsten, um ein gutes Miteinander zwischen Menschen aus unterschiedlichen Ländern und Kulturen zu bilden.

Unser Verein wurde gegründet von Menschen aus Russland, Ukraine, Kasachstan, Usbekistan – also der ehemaligen UdSSR. Es waren zunächst vorwiegend Aussiedler und deren Familienmitglieder. Wir sind seit zehn Jahren mit Tanzen, Theater, Chorsingen, mit Malen und Basteln beschäftigt. Wir haben sowohl Erwachsene als auch Kindergruppen.

Wie gesagt, unser Ziel ist, ein besseres Verständnis zwischen Menschen unterschiedlicher Kulturen zu bilden. Wir pflegen auch Lieder und Tänze aus Russland, sogar auch alte deutsche Lieder, die wir in Russland seit 200 Jahren behalten haben, die aber in Deutschland nicht mehr bekannt sind.

Denn es ist interessant, dass es bis 1941 in Russland eine große deutsche Republik gab, die Wolga-Deutschen; sie hatten eigene Sprache, Verwaltung, Dokumentation auf Deutsch, Radio und Zeitungen auf Deutsch. Meine Schwiegermutter, zum Beispiel, sprach bis sie sieben Jahre alt war nur Deutsch, kein Wort Russisch! Es war ein riesiges deutsches Gebiet, vergleichbar der Größe von Belgien, ca. 30.000 Quadratkilometer, nordwestlich von Kasachstan.

In unserem Verein und in unserer Arbeit bleiben Politik und Religion außen vor – warum? Wir wollen jeglichen Streit zwischen Leuten aufgrund politischer oder religiöser Meinungen vermeiden. Leider ist es heute einfach, Politik oder Religion für Hass oder Krieg zu nutzen.

So sind in unseren Gruppen zurzeit Kinder und Erwachsene aus Russland und Ukraine friedlich zusammen, Juden, Christen (aller Konfessionen!) und Muslime, auch Religionslose. Wir machen keinen Unterschied dazwischen – uns vereinigt Kunst!

Mehr als 30 Kinder aus der Ukraine sind heute im Verein und alle fühlen sich wohl zusammen mit deutschen und russischen Kindern, das ist ein Qualitätszeichen für den Erfolg unserer Arbeit! Nicht wahr?

Ich bin sicher, dass wir durch konsequente Arbeit mit Kunst, Kultur und Vermeiden von Politik und Religion noch vieles für Integration tun können!

*Andrey Koschuhowski, geboren im April 1970 in Kasachstan, als Diplomkaufmann und beim Zoll in Russland tätig. Seit Anfang der 1990er Jahre in Marl, Umschulung als Chiro- und Heilpraktiker; eigene Praxis in Recklinghausen. Vorsitzender von Raduga e.V. Marl*



Hartmut Dreier / Ulrich Hüpke

## Sicherheit neu denken – Debatte

### Einladung zur Diskussion

Das 2018 von der Ev. Landeskirche Baden gestartete Abrüstungsszenario will „von der militärischen zur zivilen Sicherheitspolitik“. Ähnlich dem Ausstieg aus der Atomenergie und Kohleenergie will „Sicherheit neu denken“ (SND) für die deutsche Politik einen Ausstieg aus der militärischen Sicherheitspolitik bis 2040. Fast 50 Organisationen sind inzwischen dabei: u.a. pax christi, ver.di Südhessen, IPPNW, DFG-VK.

SND propagiert „fünf Säulen“: (1.) „Gerechte Außenbeziehungen“ (mit Blick auf eine zu demokratisierende UNO), (2.) „Nachhaltige EU-Nachbarschaft“, (3.) „Internationale Sicherheitsarchitektur“ („gemeinsame Sicherheit“ u.a.), (4.) „Resiliente Demokratie“ (u.a. „Friedensbildung“, „Einüben von zivilem Widerstand“, „Resilienz gegen Terror“), (5.) „Konversion der Bundeswehr“ („u.a. Transformation in internationale Polizei und THW“, „Konversion der Rüstungsindustrie“, „Abzug der Atomwaffen“).

In diesem Sinn argumentiert das „Impulspapier Nr. 4“ vom 20.11.23: „Sicherheits-Strategien neu denken. Gewalt stoppen und überwinden! In Israel und Palästina. In der Ukraine. Global“. (*Download bzw. Bestellung bei <https://www.sicherheitneudenken.de/>*)

Bei der ersten Planung von *AMOS* 1|24 schlug Hartmut Dreier vor, dieses Impulspapier Nr. 4 ganz oder teilweise zu übernehmen. Genauere Lektüre führte in der Redaktion zu Debatten und wir verabredeten, dieses Anti-Kriegs-Heft selber zu gestalten und unsere Debatte im *AMOS* zu veröffentlichen.

### Ulrich Hüpke: Zweifel

SND fordert Abrüstung, kollektive Sicherheitsstrukturen und Versöhnung: Friedenslogik statt Freund-Feind-Denken. „Impulspapiere“ wie die „Nr. 4“ zu den heutigen Kriegen analysieren ihre Gründe und Methoden zu ihrer Vermeidung, kritisieren Klimakrise und westliche Lebensstile.

Trotzdem bleiben Zweifel, weil SND zwar westliche Taten geißelt, russische Aggressionen und die ökonomische Basis von Militärkonflikten jedoch ausblendet. Da J. Klute in diesem *AMOS* ökonomische Fragen beleuchtet, will ich hier auf die russische Gewalt eingehen.

Auf nur sechs Zeilen wird Russlands „militärische Sicherheitslogik“ beklagt, während die Kritik am Westen, an der Ukraine und daran, dass der „Pachtvertrag für die russische Marinebasis ... nicht verlänger(t)“ wurde, 68 Zeilen umfasst – für SND „wesentliche Ursachen dafür, dass Russland 2014 die Krim annektierte und die ostukrainischen Autonomiebestrebungen militärisch unterstützte“ (S.7).

Laut SND setzen Staaten sich „mit Gewalt durch“, auch Russland und die USA, „letztere seit dem Zweiten Weltkrieg“ (S.20) – als ob Russland friedlich gewesen wäre: Die Rote Armee „sicherte“ den Warschauer Pakt (DDR 1953, Ungarn 1956, CSSR 1968), die Sowjetunion mischte sich in Kolonialkriege ein und hat 1979 Afghanistan selbst kolonisiert.

Zwar will SND „die kriegerischen Interventionen Russlands in Tschetschenien und die russischen Bombardierungen

von Krankenhäusern in Syrien ... nicht vergessen“ (S.26), vergisst aber die 1999 von Putin inszenierten Sprengstoffanschläge im Inland, die jahrelangen Gewalttaten gegen Georgien sowie die Militärgewalt in Venezuela und vielen afrikanischen Staaten durch die von Russland beauftragte und bezahlte Wagner-Gruppe. All diese russischen Militäraktionen zeigen die bisher unterschätzte Aggressionspolitik Putins.

### Hartmut Dreier: Diplomatie jetzt!

Ich teile Ulrich Hüpkes Kritik an der imperialistischen Politik nicht nur der NATO/des Westens sondern auch der ehem. Sowjetunion und von Putin-Russland. Seit Jahrzehnten vertrete auch ich Blockfreiheit und Neutralität von Staaten (und bin über den Angriffskrieg von Russland auf die Ukraine auch deswegen entsetzt, weil daraufhin Finnland und Schweden ihre Neutralität aufgegeben haben). Ich halte die Ostpolitik von Willy Brandt/Egon Bahr auch von heute her betrachtet für richtig.

Meine Frage: was ist spätestens heute und morgen an friedenspolitischen Forderungen und Perspektiven im Ukraine-Krieg und im Nahen Osten dringend?

Im Abnutzungskrieg in der Ukraine sitzt Putins Russland leider offensichtlich am längeren Hebel, egal welche weiteren militärischen Eskalationen mit immer heftigeren Risiken erfolgen. Der Preis der Ukraine wird höher je länger der Krieg dauert. Deswegen: weltweit angelegte Diplomatie – auf jeden Fall jetzt!

Und im Nahen Osten ist kein Ende der militärischen Gewalteskalationen in Sicht, nach dem Terror-Überfall der Hamas auf Israel am 7.10.23 und dem Rache-Feldzug der Netanyahu-Regierung in Gaza; dazu kommen die bekannten weiteren Kriegsschauplätze in der Region.

Ich sehe nicht, worauf die „Zweifel“ von Freunden wie Ulrich Hüpke politisch hinauslaufen und halte die politisch-diplomatisch-völkerrechtlich gemünzten Vorschläge von SND jetzt erst recht für richtig: „Wir benötigen umfangreiche internationale Abrüstungsverträge und einen Wechsel von militärischer zu ziviler Sicherheitspolitik. Die USA und Russland, die mehr als 90% aller Atomwaffen besitzen, müssen erneut mit wirksamen Verhandlungen zu nuklearer Risikoreduktion und nuklearer Abrüstung beginnen. Davon ausgehend sind auch die weiteren Atomwaffenstaaten wie China in Abrüstungsverhandlungen einzubeziehen. Wie eine sozial-ökologische Entspannungspolitik in Europa und im Nahen Osten aufgebaut werden könnte, sollte im Rahmen der OSZE und einer KSZMNO verhandelt werden.“ So die Schlussthese 14, S.4, im Impulspapier Nr. 4. (KSZMNO meint eine noch zu etablierende „Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit im Mittleren und Nahen Osten“.)

Diese und weitere Debattenbeiträge auf:  
[www.amos-zeitschrift.de/Themen/Friedensbewegung-2024](http://www.amos-zeitschrift.de/Themen/Friedensbewegung-2024)

Hartmut Dreier, \*1938, 1942 in Rostock ausgebombt: kriegs-traumatisiert.  
Ulrich Hüpke, Rentner aus Castrop-Rauxel

Rana Salman

## Feinde werden zu Partner:innen für den Frieden Combatants for Peace

Jedes neue Jahr ist ein Geschenk, das Hoffnung auf neue Anfänge und echte Veränderungen macht. Inmitten von Krieg, Zerstörung und dem Verlust geliebter Menschen in Palästina und Israel besteht die Möglichkeit, eine andere Realität für eine gerechte Zukunft für uns alle in dem Land zu schaffen, das wir beide Seiten als ihr „Heimatland“ betrachten.

2023 war bereits ein tödliches Jahr für Palästinenser:innen und Israelis, und es bleibt fraglich, ob es jemals Vertrauen zwischen beiden Seiten geben wird. Und obwohl der Krieg die beiden zu entzweien droht, gibt es eine Gruppe von Palästinenser:innen und Israelis, die in den Konflikt hineingeboren, die auf Feindschaft eingeschworen wurden, die ihr Schicksal herausgefordert haben und die der Welt jetzt zeigen, dass ein anderer Weg möglich ist. Sie haben jegliche Gewalt abgelehnt und sich gegenseitig umarmt.

Sie werden sich fragen, wie ein ehemaliges Hamas-Mitglied und ein ehemaliger IDF-Major sich gegenseitig als Partner für Frieden und Gerechtigkeit wählen können? Wir von Combatants for Peace (Kämpfer:innen für den Frieden) glauben an den Wandel, selbst in dieser extremen Situation der Gewalt.

Hier ist ihre Geschichte:

Der ehemalige israelische Kämpfer Chen Alon war erst 18 Jahre alt, als er zum ersten Mal eine Uniform anlegte und eine Waffe in die Hand nahm. Er trat während der ersten Intifada in die israelische Armee ein und war bald darauf im Gazastreifen stationiert. Als junger Soldat verhängte er Ausgangssperren, nahm an nächtlichen Verhaftungen teil und patrouillierte auf den Straßen, um den palästinensischen Aufstand zu stoppen.

Auf der anderen Seite schloss sich der ehemalige palästinensische Kämpfer Ahmed Helou während der ersten Intifada der Hamas an, um sich dem Kampf für die Freiheit der Palästinenser:innen anzuschließen. Als damaliges Hamas-Mitglied warf er Steine auf Autos und stellte palästinensische Flaggen her.

Chens Großeltern waren die einzigen Mitglieder ihrer Familie, die den Holocaust überlebt hatten, da sie Europa vor dem Zweiten Weltkrieg verlassen hatten. Der Verlust ihrer Angehörigen im Holocaust und die Vorstellung vom „Nie wieder“ trieben ihn dazu, dem jüdischen Volk zu dienen.

Ahmads Großeltern waren 1948 gezwungen, von Be'er Sheva nach Jericho zu fliehen. Die Geschichten seiner Familie über die Nakba und ihren Versuch, sich in Sicherheit zu bringen, erfüllten ihn mit Schmerz, Wut und Rachedgedanken.

Combatants for Peace wurde 2005 von Palästinenser:innen und Israelis gegründet, die sich aktiv an der Gewalt beteiligt hatten und nun gemeinsam daran arbeiten, diese zu beenden, die israelische Besatzung zu beenden und eine sichere und freie Zukunft für alle aufzubauen.

Chen hat an den Beerdigungen der Opfer des Massakers vom 7. Oktober 2023 teilgenommen. Er ist nach wie vor der Meinung, dass Gewaltlosigkeit der einzige Weg nach vorne ist.

Ahmad hat 51 Angehörige aus dem Gazastreifen während des Krieges gegen Gaza verloren. Er glaubt immer noch an die Kraft der Gewaltlosigkeit und an unsere gemeinsame Menschlichkeit.

*Rana Salman, Geschäftsführerin der Combatants for Peace. <https://cfpeace.org>. Quelle dieser von AMOS gekürzten Neujahrsbotschaft vom 6.1.2024: Dr. Bernd Drücke, [dfg-vk-aktive@listi.jpberlin.de](mailto:dfg-vk-aktive@listi.jpberlin.de)*

## Lesetipps zu Palästina...

*Das tägliche Geschehen: [www.palaestina-portal.eu](http://www.palaestina-portal.eu) (Archiv)*

**Tamar Amar-Dahl**

**Der Siegeszug des Neozionismus.** Israel im neuen Millennium  
Promedia, Wien 2023

**Ibtisam Azem**

**Das Buch vom Verschwinden** (Roman)  
Aus dem Arabischen von Jozi László  
Lenos, Basel 2023

**Wolfgang Benz (Hrsg.)**

**Erinnerungsverbot?** Die Ausstellung „Al Nakba“ im Visier der Gegenaufklärung  
Metropol, Berlin 2023

**Ulrich Duchrow / Mark Braverman (Hrsg.)**

**Religionen für Gerechtigkeit in Palästina-Israel – Bd.2**  
Ökumenische Antwort auf Völkerrechtsverletzungen und Apartheid  
[verlag@stiftung-hirschler](mailto:verlag@stiftung-hirschler) – Fon 06232-2890098

**Sumaya Farhat-Naser**

**Ein Leben für den Frieden.** Lesebuch aus Palästina  
Mit einem Essay von Ernest Goldberger  
Lenos, Basel 2022

**Deborah Feldman**

**Unorthodox,**  
Secession, Zürich 2016  
**Judenfetisch,**  
Luchterhand, München 2023

**Eva Illouz**

**Undemokratische Emotionen.** Das Beispiel Israel  
Suhrkamp, Frankfurt am Main 2023

**Meron Mendel**

**Über Israel reden.** Eine deutsche Debatte  
Kiepenheuer & Witsch, Köln 2023

**Adania Shibli**

**Eine Nebensache** (Roman)  
Aus dem Arabischen von Günther Orth  
[www.berenberg-verlag.de](http://www.berenberg-verlag.de)

**Moshe Zimmermann und Moshe Zuckermann**

**Denke ich an Deutschland ...** Ein Dialog in Israel  
Westend, Frankfurt am Mai 2023

**Moshe Zuckermann**

**Den Sinn für das Richtige bewahren**  
Gesammelte Beiträge 2006–2020  
AphorismA, Berlin 2020 – Kleine Texte 82

Birgit Naujoks

## Flüchtlingsschutz statt Abschottung

### Integriertes Bleibemanagement statt Abschiebung

*Im Rahmen des Asylpolitischen Forums 2023, das vom 01.–03.12.2023 unter dem Titel „Die Axt am Flüchtlingsschutz: Wie verteidigen wir die Menschenrechte?“ gemeinsam von Amnesty International, Flüchtlingsrat NRW, Diakonie Rheinland-Westfalen-Lippe, Evangelische Akademie Villigst / Institut für Kirche und Gesellschaft und der Ökumenischen Bundesarbeitsgemeinschaft Asyl in der Kirche durchgeführt wurde, verabschiedeten die Teilnehmenden folgende Resolution (Text gekürzt):*

Das Grundrecht auf Asyl und der Flüchtlingsschutz nach der Genfer Flüchtlingskonvention sind als Menschenrechte Wertgrundlagen unserer freiheitlichen und demokratischen Gesellschaften in Deutschland und der Europäischen Union (EU) und damit nicht verhandelbar. Wer am Recht auf Asyl rüttelt, höhlt das Fundament unseres Rechtsstaats aus, ... und spielt demokratiefeindlichen Kräften in die Hände... Wir nehmen mit großer Besorgnis eine zunehmend rassistische und entmenslichende Tendenz im gesellschaftlichen und politischen Diskurs zum Thema Flucht und Migration wahr.

Die Teilnehmenden des Asylpolitischen Forums 2023 stellen fest:

**1.** Wir fordern ein Gemeinsames Europäisches Asylsystem (GEAS) auf Grundlage der international verankerten Menschenrechte und der Genfer Flüchtlingskonvention, zu deren Wahrung sich die EU verpflichtet hat...

**2.** Die Verantwortung für den Flüchtlingsschutz darf nicht an Drittstaaten ausgelagert werden. Die Kollaboration insbesondere mit Diktaturen und Unrechtsregimen liefert Schutzsuchende sehenden Auges Gewalt und Willkür aus... Die geplante GEAS-Reform lehnen wir ab. Die Rechte von Schutzsuchenden würden dadurch massiv beschnitten und die rechtswidrige Praxis von Pushbacks und Inhaftierungen an den EU-Außengrenzen als Regel legitimiert...

**3.** Seenotrettung ist eine völkerrechtliche und humanitäre Pflicht, der die Mitgliedstaaten gerecht werden müssen... Wir fordern den Ausbau staatlicher Seenotrettung ohne Zurückschiebung der Geretteten und die konstruktive Zusammenarbeit mit Initiativen der privaten Seenotrettung. Zivile Seenotrettung darf weder behindert noch kriminalisiert werden.

**4.** Anknüpfend an die internationalen Menschenrechte und den UN-Migrationspakt fordern wir Deutschland und die EU auf, mehr legale Wege für Schutzsuchende in die Europäische Union zu gestalten (humanitäre Visa) und darüber hinaus erhebliche Visaerleichterungen zu schaffen. Dies ist die wirksamste Methode, um gegen Menschenhändler und Schleuser vorzugehen.

**5.** Der grundgesetzlich garantierte Schutz von Ehe und Familie muss für alle Schutzberechtigten gelten... Wir fordern, Familienzusammenführungen zu subsidiär Schutzbe-

rechtigten mit GFK-Flüchtlingen gleich zu stellen und national Geschützte in dieses Vorhaben aufzunehmen. Geschwisternachzug muss umfassend gewährt werden.

**6.** Wir fordern die Abschaffung des Asylbewerberleistungsgesetzes und stattdessen die Gewährung von Sozialleistungen im Regelsystem. Alle Menschen haben das gleiche Recht auf ein Leben in Würde und die Befriedigung existenzieller Bedürfnisse...

**7.** Die Landeserstaufnahme muss dazu beitragen, Schutzsuchenden ein faires Asylverfahren zu ermöglichen. Wir fordern, die Asylverfahren und die Erstaufnahme vom Rückkehrmanagement zu trennen. Die EU-Vorgabe eines Systems der Identifizierung von Schutzbedürftigen muss umgehend umgesetzt werden...

**8.** Wir fordern vom Land NRW, bei der Landeserstaufnahme die von ihm selbst gesetzten Standards insbesondere hinsichtlich der Versorgung, des Gewaltschutzes und einer qualitativen Gesundheitsversorgung verbindlich und einheitlich umzusetzen, deren Einhaltung zu kontrollieren und die Maßnahmen auszubauen... Die Erstaufnahme sollte maximal auf drei Monate begrenzt werden...

**9.** Wir fordern, die Aufnahme in Land und Kommunen von Beginn an mit einem „integrierten Bleibemanagement“ zu verknüpfen... Wir fordern, Teilhabe zu ermöglichen, statt zunehmend auf Isolation in Landesunterkünften, Abschreckung und Abschiebung zu setzen.

**10.** Sollte kein rechtlicher oder tatsächlicher Grund für einen weiteren Verbleib in Deutschland bestehen, ist die Ausreise human zu gestalten, insbesondere durch angemessene Förderung der eigenständigen Ausreise... Wir fordern das Land auf, die im Koalitionsvertrag verankerten Vorhaben zur Wahrung des Kindeswohls, zur Beachtung von humanitären Belangen und zur Beachtung der Verhältnismäßigkeit umzusetzen.

**11.** Um eine unabhängige Beratung für alle Schutzsuchenden zu gewährleisten, müssen alle Förderbereiche des Landesprogramms „Soziale Beratung von Geflüchteten“ und die Asylverfahrensberatung des Bundes auskömmlich finanziert und bedarfsgerecht ausgebaut werden.

**12.** Die Kommunen müssen nachhaltige Konzepte zur Aufnahme von Schutzsuchenden entwickeln... Dazu gehört vor allem die dezentrale Unterbringung, schnellstmöglich in privatem Wohnraum. Der Zugang zu Kindertagesstätten, Bildung und sozialer Partizipation ist sicherzustellen...



Johannes Habich

## Menschenort 59

### Bochum: Klaus bleibt! Gegen Zwangsräumung und Abriss. Ein Zwischenbericht

„Mieter führt einsamen Kampf gegen die Stadt“ berichtet die WAZ auf der ersten Lokalseite am 28.11.2023. Die Stadt hat Klaus S. aufgefordert, seine Wohnung bis zum 07.12.2023 zu räumen. Mit dem Verweis auf deren Unwirtschaftlichkeit beabsichtigt die Stadt, vier Häuser abzureißen und zur Gewerbefläche zu machen. Im Gespräch mit der WAZ betont Klaus S., dass er das Haus Kohlenstraße 135 nicht freiwillig räumen wird. Er ist der letzte Bewohner des verwaorlost wirkenden Häuserblocks an der Kohlenstraße, am westlichen Rand der Bochumer Innenstadt.

Die Häuser grenzen an das früher dort vorhandene ‚Heusenerviertel‘. Der Bau der seinerzeit umstrittenen Stadtautobahn Westtangente führte Mitte der 1980er Jahren zum Abriss des gesamten Viertels und verursachte massive gesellschaftliche Auseinandersetzungen, da Hausbesetzungen den Weiterbau der Westtangente verhindern wollten.

Die vier städtischen Häuser Kohlenstraße Nr. 135, 137, 139, 143/145 wirken seit langem unbewohnt, obwohl im Eckhaus Nr. 135 abends Licht brennt. Dann



Fotografik: © Christa Weiss

meldet sich im Sommer 2023 ein Klaus S. bei mir per E-Mail. Verbittert schildert er eindrucksvoll seine Situation. Er wohne seit seiner Geburt 1950 in der Nr. 135 und sei seit dem Tod seiner pflegebedürftigen Mutter vor sechs Jahren der letzte Mieter des Häuserblocks. Gleichzeitig kündigt er gegenüber der Presse an, dass er das Haus nicht lebend verlassen wird.

Obwohl die Stadt die vier Häuser im Bebauungsplan von 1989 noch ausführlich als erhaltenswert anführt und diese nicht abgerissen werden sollten, stehen die beiden mittleren Häuser seit nunmehr 30 Jahren und die beiden Eckhäuser seit 17 Jahren leer. In dieser Zeit wurden keine Reparaturen durchgeführt und die Häuser verkommen. Dieser vorsätzlich veranlasste Leerstand von 23 Wohnungen ist eine skandalöse Zweckentfremdung von Wohnraum, obwohl in Bochum Wohnungsnot herrscht und die Anzahl der mietpreisgebundenen Wohnungen ständig sinkt.

Um eindringlich eine soziale, ökologisch zukunftsfähige Wohnungspolitik von der Stadt zu fordern, führen 19 Bochumer Organisationen eine Veranstaltung am 05.12.23 in der KO-Fabrik durch. Klaus S. schildert die Situation an der Kohlenstraße. Am Veranstaltungsende bildet sich spontan ein ‚Solikreis Klaus S.‘, um zu zeigen, dass er nicht allein ist. Einem genehmigten Demonstrationzug am 16.12.23 vom Musikzentrum bis zur Kohlenstraße Nr. 135 folgen 60 Unterstützer. Gleichzeitig wird eine Online-Petition an die Stadt

gestartet. Es haben weit über 1.000 Personen unterschrieben und fordern:

**Zwangsräumung von Klaus stoppen, die Häuser in der Kohlenstraße als Wohnraum erhalten, eine Wohnraumschutzverordnung für Bochum, zusätzlicher Bau von Sozialwohnungen.**

Der Solikreis tagt regelmäßig in Klaus‘ Wohnung, hält Verbindung zu sozialen Netzwerken, druckt Flyer und organisiert ein Soli-Konzert für Klaus am 13.01.2024 im ‚Wageni‘. Am 16. Januar berichtet die Lokalzeit Essen über Klaus S. und lässt ihn und Unterstützer zu Wort kommen. Die Politik hält sich ganz zurück, die WAZ berichtet mehrfach. Auf Rückfragen teilt die Stadt nur lapidar mit, an der Räumung festzuhalten und einen Gerichtsvollzieher zu beauftragen.

Eine Übergabe der Petition mit den Unterschriftenlisten an den Stadtbaurat scheidet Ende Januar, weil er keine Presse dabei haben will. Stattdessen veranstaltet der Solikreis eine Kundgebung für Klaus S. am 20.01. vor dem Technischen Rathaus. Mehrere Redner verlangen, die 25 Wohnungen in der Kohlenstraße bewohnbar zu machen. Die Stadt lehnt auch ein Kaufangebot über 50.000 € für das Haus von Klaus S. ab. Am 29.01.24 wird Klaus der Zwangsräumungstermin 05.03.24 zugestellt.

Am 1. Februar findet eine denkwürdige Ratssitzung statt. Vor der Sitzung sorgen uniformierte Ordnungsamtskräfte mit Schutzwesten für Einschüchterung. Rucksäcke junger Aktivisten werden durchsucht. Die Antworten des Stadtbaurats auf sieben eingereichte Fragen erstaunen die Zuhörer. So behauptet er, dass die vier Häuser sukzessive zwischen 2005 und 2007 erworben wurden, wohl um den Eindruck zu erwecken, dass man schon marode Häuser gekauft habe. Tatsächlich gehören drei der vier Häuser seit 1967 der Stadt – und sie ist allein verantwortlich für den jetzigen Zustand.

Seit einiger Zeit beobachtet die Polizei regelmäßig die Häuser, z.B. bei einem ‚Sonntagsspaziergang‘ für Unterstützer. Am folgenden Tag wird der Ausweis einer 91-jährigen Besucherin an der Haustür von Klaus S. überprüft und sie wird ausgiebig gefragt, zu wem sie wolle, was sie beabsichtige und ob sie wiederkommen wolle.

Die Rechtsanwältin von Klaus S. beantragt am 29.01.2024 beim Amtsgericht Vollstreckungsschutz. Der 05.03. rückt näher. Am 28.02. benachrichtigt die Obergerichtsvollzieherin per Post, dass die Zwangsräumung auf den 09.+10.04. verschoben wird. Daraufhin verschiebt der Solikreis eine für den 02.03. geplante Demonstration durch die Innenstadt unter dem Motto ‚Zusammenhalt statt Zwangsräumung‘ auf den 06.04. Der Druck auf Klaus S. wird dadurch nicht weniger...

*Johannes Habich, Jahrgang 1943, lebt seit 1974 im Ruhrgebiet und seit 2013 in Bochum. Der frühere Gymnasialschulleiter veröffentlicht als Stadtteilhistoriker verkehrshistorische Arbeiten aus dem Bochumer Raum und hält dazu auch Vorträge.*

Johanna Fleischhauer

## Gewaltlos, entschlossen, auf sich gestellt: Die Demokratie- und Friedensbewegung im Sudan

ZWVf

Mit Demonstrationen gegen die Teuerung bei Nahrungsmitteln und Benzin begann Ende 2018 eine Bewegung, die sich rasch in der Hauptstadt Khartoum und ins Land ausbreitete. Hunderttausende gingen friedlich protestierend auf die Straßen, erfüllt von der Hoffnung auf große Veränderungen.

Tatsächlich trat im April 2019 der langjährige Herrscher el-Bashir zurück, aber die Militärjunta, die ihm folgte, repräsentierte das alte System, in dem die Generäle auch die Schlüsselunternehmen der Wirtschaft beherrschen.

Während die Protestbewegung wuchs, appellierten einige ihrer Vertreter an die Staaten mit Einfluss im Sudan, die Bildung einer zivilen Regierung zu unterstützen.

Doch Ägypten sympathisiert mit den sudanesischen Militärs, auch Saudi Arabien und die Vereinigten Arabischen Emirate (VAE) fürchten ein demokratisches Regierungsmodell in ihrer Nähe. Die USA listeten den Sudan als „Terror-Unterstützer“, was Kredite durch internationale Geldgeber blockierte, sogar Hilfen in der Covid-Pandemie verhinderte und die sudanesischen Wirtschaftskrise verschärfte. Erst als der Sudan bereit war, diplomatische Beziehungen zu Israel aufzunehmen, wurde die umstrittene Maßnahme beendet.

Durch die Standhaftigkeit der Protestbewegung konnten die Afrikanische Union und der äthiopische Präsident Abiy im August 2019 eine zivil geführte Regierung mit Premierminister Abdalla Hamdok vermitteln, allerdings (auf Druck der USA) unter Beteiligung von fünf Militärs.

Zu ihnen gehörte Mohamed Hamdan Dagalo, berüchtigter Befehlshaber der Miliz Rapid Secure Forces (RSF). Diese überfiel im Juli 2019 ein Sit-In der Demokratiebewegung, tötete über 100 Demonstrierende, vergewaltigte zahllose Frauen, warf Verletzte in den Nil, wo sie ertranken. Im Krieg gegen Aufstände in Darfur 2003–2005 ließ er Massaker verüben, erwarb sich damit allerdings das Wohlwollen al-Bashirs, der ihn mit der RSF als persönlicher Garde nach Khartoum holte. Als die EU 2014 den Sudan zur Verhinderung von Migration einband, konnte Mohamed Dagalo sich international als Grenzschützer aufwerten. Die RSF erhielt aus Deutschland ein Training in moderner Sicherheitstechnik.

De-facto-Staatsoberhaupt General Abdel Fattah Burhan war, anders als die meisten Generäle aus der Bashir-Zeit, kein Islamist, daher galt er westlichen Politikern als vertrauenswürdig. Doch war er für Massaker in Darfur mitverantwortlich und bereicherte sich wie Dagalo am Handel mit Söldnern für den Krieg der VAE im Jemen.

Beide gemeinsam putschten im Oktober 2020, um Anklagen wegen ihrer Verbrechen zuvorzukommen und ihre Macht- und Wirtschaftsbasis zu halten. Auf Druck bildeten sie mit Zivilisten eine Fassadenregierung und versprachen Wahlen.

Der deutsche UN-Sonderbeauftragte Volker Perthes glaubte, sie zu Reformen bewegen zu können.

Die Demokratiebewegung aber misstraute ihnen aus historischer Erfahrung. Schon 1958, 1964 und 1969 hatten sich Militärs an die Macht geputscht, immer gegen zivilen Widerstand. Diesmal hatten die Widerstandsgruppen breiten Rückhalt in der Bevölkerung. Aus Gruppen der Nachbarschaftshilfe entstanden, genossen sie Vertrauen in reichen und armen Stadtteilen. Sie hielten Kontakt zu Gruppen in anderen Provinzen. Zweimal wöchentlich riefen sie zur Demonstration für die Bestrafung der Gewalttäter, für Frieden und eine zivile Regierung auf und Tausende kamen, auch, als die Gewalt durch Polizei, Armee und Miliz zunahm. Mit unglaublichem Mut widerstanden sie, entwickelten flexible Demonstrationsformen. Netzwerke gaben Schutz und fanden Wege, um Schwerverletzte in ausländische Hospitäler zu bringen.

Diese Gruppen als Vertreter der sudanesischen Zivilgesellschaft hätten Ausgangspunkt einer Friedenslösung im Sudan sein können.

Doch die internationale Diplomatie konzentrierte sich auf Burhan und M. Dagalo. Die aber rüsteten mit Hilfe Ägyptens und der VAE gegeneinander auf und rissen am 15.4.2023 das Land in einen kriegerischen Machtkampf mit verheerenden Folgen: Bisher ca. 8 Mio. Vertriebene und Flüchtlinge, von der Armee zerbombte Städte und Infrastruktur, Verhaftungen und Folter, Terror gegen Zivilisten und massenhaft sexuelle Gewalt durch die RSF. Russische Wagner-Söldner helfen der RSF beim Waffennachschub aus den VAE, die Ukraine will Drohnen gegen sie einsetzen. Der Sudan droht nicht nur in Einflusszonen von Warlords zu zerfallen, sondern internationales Schlachtfeld zu werden.

Widerstandsgruppen gibt es noch immer in solcher Stärke, dass die Militärregierung sie Anfang 2024 verbot. Sie konzentrieren sich auf Überlebenshilfen, verteilen Essen und Wasser, helfen in Hospitälern. Aktivisten sammeln Informationen über Gefahren und Auswege, dokumentieren Kriegsverbrechen. In einer von Flüchtlingen überfüllten Stadt gelang es Zivilisten sogar, den regionalen Armeekommandanten von einem militärischen Angriff abzubringen.

Täglich gehen jetzt Schreckensmeldungen und Appelle sudanesischer Journalist:innen übers Netz in die Welt, zu lesen z.B. bei [thenewhumanitarian.org](https://www.thenewhumanitarian.org). Trotzdem schweigt die internationale Politik. Aber Friedensgruppen hier sollten die ums Überleben kämpfenden Menschen, die Demokratie- und Friedensaktivisten im Sudan in den Blick nehmen. Auch sie brauchen Waffenstillstand, Rüstungsboykott, öffentliche Anprangerung und juristische Klagen gegen die Kriegstreiber.

Deutschsprachige Informationen finden sich unter: [www.weltsichten.org](https://www.weltsichten.org).

Johanna Fleischhauer ist Politikwissenschaftlerin mit Schwerpunkten afrikanische Staaten und Kriegsfolgen für Kinder.

Ute Hüttmann – März 2024

## Weltgebetstag der Frauen 2024 aus Palästina

### Kommentar zur Zensur in Deutschland

Nach dem 07. Oktober 2023 kam – als sei es ein Naturereignis – eine neue hysterische Kampagne der Denkverbote, Verdächtigungen und Ausgrenzungen in Gang gegen diverse Volksgruppen. Über alle Blätter und Kanäle verbreiteten interessierte Lobbys die ohnehin institutionalisierte Jagd nach angeblichen Antisemit\*innen: Das Bekenntnis der unverbrüchlichen Treue Deutschlands zum Staat Israel sollten alle ablegen – und wer diese nirgends demokratisch legitimierte Formel von der Staatsräson nicht teilt, ist eben antisemitisch – so die irre oder zynische Beweisführung.

Die unsägliche Gewalt der Hamas auf israelischem Staatsgebiet und deren anhaltende Geiselnahme traf jüdische und arabische Israelis und Menschen aus anderen Ländern. Auf diese Schandtaten allein sollte sich unser ganzer Abscheu richten? Und das sollte die Verbrechen vergessen machen, die vom rassistischen Kern der israelischen Regierung seit der Hamas-Gewalttat der Zivilbevölkerung von Gaza angetan wird? Wir sehen sie alle, die Opfer zynischer Banden und Regierungen – mit Grauen, Trauer, Empörung und einem klaren Nein zu all der Gewalt.

Der Internationale Weltgebetstag der Frauen wird jährlich von pro Land in Komitees organisierten christlichen Frauenorganisationen vorbereitet und weltweit am 1. Freitag im März gefeiert. Das Palästinensische Weltgebetstags-Komitee hatte im lange zuvor erarbeiteten Material von der bedrohlichen Lage im Land erzählt, von Ängsten und Hoffnungen. Solches tut in jedem Jahr ein anderes Komitee aus der weiten Welt. „Informiert beten. Betend handeln“ ist das ständige Motto. Das Deutsche Weltgebetstags-Komitee aber hat diese 1887 begonnene schwesterliche Solidarität gebrochen und das international längst beschlossene und in Deutsch bereits gedruckte Material sofort nach dem 07.10. für den Gebrauch hierzulande verboten, unzugänglich gemacht ohne stattdessen den üblichen und schuldigen schwesterlichen gemeinsamen Kontakt und Weg mit den Palästinenserinnen zu suchen. Der deutsche Vorstand schrieb auf der Webseite viele heuchlerisch klingende Worte und geschönte Begriffe für diese historisch wohl einmalige Tat, die schlicht politische Zensur war und eine Eliminierung der palästinensischen Stimme.

Eine zensierte Materialsammlung wurde veröffentlicht – und inzwischen waren geschätzte Millionen Seiten Papier vernichtet worden. Es war aber mehr als das, nämlich die Abkehr von den internationalen WGT-Prinzipien – u.a. der Zusage des Zuhörens und Vertrauens. So wurden die Palästinenserinnen schutzlos dem deutschen Antisemitismusvorwurf überantwortet, der ja eine Kampfmethodik der politischen Propaganda ist. Im Westjordanland haben die jahrzehntelang und akut noch bedrohter unter struktureller Gewalt und Siedlerterror Leidenden allemal berechnete *Kritik am realen Regierungshandeln des Staates Israel*. In Deutschland verwechselt man diese berechnete arabische Kritik ganz bewusst mit dem völlig anders motivierten, nämlich *rassistischen Hass gegen Juden*.

Gegen die Zensurvorfälle halten sich die deutschen WGT-Vorstandsfrauen hinter Parolen versteckt wie ‚*kontextuell einordnen*‘, um die ‚*Anliegen der Palästinenserinnen verständlich zu machen*‘. Feige sind sie eingeknickt vor der Propaganda, mit deren Mitteln öffentlich lange eine Deutungshoheit akzeptiert schien, die angeblich zum Zweck der Geiselnbefreiung alle weitere Gewalt für Recht erklärte: die Waffenlieferungen an das hochgerüstete Israel ebenso wie den Schutz der marodierenden und meuchelnden Siedler durch das israelische Militär im Westjordanland, die Bombardierung aller Behausungen im Gazastreifen, die Vertreibung. Und nun Völkermord?

Die Österreicherinnen und Schweizerinnen kritisierten die Entscheidung des Deutschen Komitees und blieben bei dem authentischen Material. In Deutschland sind die Meinungen dort geteilt, wo die Frauen vor Ort von den Hintergründen überhaupt erfuhren. So war der Weltgebetstag 2024 teilweise ein Deutschgebetstag. Er ist vorbei, doch die Zensurinnen hinterließen unübersehbaren Schaden. Sie haben in harten Zeiten nicht standgehalten – und handelten nicht ‚*vereint durch das Band des Friedens*‘. Vielleicht sangen sie dennoch am 1. März:

„*Sprich mit klaren Worten zu den Mächtigen der Welt, lass sie nicht entkommen.*

*Bring uns zur Vernunft in den Verirrungen der Welt, unbestechlich deinen Weg zu gehen ...*“

Wo ist in den Spitzen der deutschen christlichen Frauenverbände noch der Geist der früheren bewussten Aufbrüche wie z.B. des Konziliaren Wegs zu Gerechtigkeit und Frieden – oder, viel früher, gar der widerständigen Praxis der Bekennenden Kirche? Sind die Worte Dietrich Bonhoeffers an die Kirche, die dem Rad in die Speichen greifen müsse, obsolet – oder das biblische Prinzip, lange leitend in der christlichen Publizistik, „Mund der Stummen“ zu sein? Wenn also schon ‚kontextuell‘, dann doch als Christinnen innerhalb der eigenen ethischen Kontexte – und damit laut und deutlich und standhaft gegen jegliches Unrecht.

Der 2. Sprecherin am 1. März, der Nichte der 2022 bei einer Reportage vom israelischen Militär erschossenen Journalistin Shireen Abu Akleh, war die von ihrer Tante gelernte Presseethik, die immer nach der Wahrheit sucht, ein wichtiger Weg der Liebe zu den Menschen. Zensur aber bleibt Zensur und damit Lüge und Fälschung. Kein Wunder, dass die Zensurinnen sich vom Begriff ‚*Wahrheit*‘ im Bericht der 2. Sprecherin so gestört fühlten, dass sie ihn überall entfernten und so auch die klare Botschaft dieses Textes.

„*Wir hören eure Stimmen. Wir sehen, was euch bewegt.*

*Wir gehen mit euch gemeinsam den langen Friedensweg.*“

Diese Zeilen haben mit ehrlichem Herzen die meisten Frauen in Deutschland wohl mitsingen können. Nicht alle.

Ute Hüttmann, Journalistin und Medienwissenschaftlerin, Mitherausgeberin sowie seit 1982 Mitredakteurin des AMOS, lebt in Marl (media.text@t-online.de) | zum Thema siehe auch die <Buchempfehlungen auf Seite 19.



AMOS – erscheint aus guten Gründen seit 1968 im Ruhrgebiet

ISSN 1615 – 3278

Postvertriebsstück: Gebühr bezahlt

Herausgeber: AMOS e. V., Marl

c/o Rolf Euler, Cäcilienhöhe 32, 45657 Recklinghausen

E-Mail: amos-ev@web.de

Internet: <http://www.amos-zeitschrift.de>

— K 12123 —



## Neue Bücher für Kinder im Peter Hammer Verlag



Jens Rasmus

*Regentag*

64 S., geb., € 20,-

ISBN 978-3-7795-0726-0

Ein Bilderbuch ohne Worte  
über die Kraft der Fantasie.



Andrea Hensgen

*Ich wäre gern ein Baum*

Illustriert von Hannah Brückner

32 S., geb., € 18,-

ISBN 978-3-7795-0729-1

Von der Sehnsucht nach  
einem sicheren Ort.



Eleonora Marton

*Hausmonster*

32 S., geb., € 16,-

ISBN 978-3-7795-0727-7

Ein lustiges Bilderbuch über  
die Angst im Dunkeln.



Lutz van Dijk

*Damals hieß ich Rita*

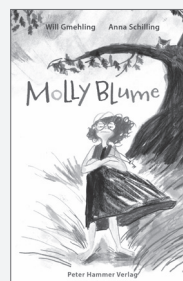
Die Geschichte von Rozette Kats

Illustriert von Francis Kaiser

32 S., geb., Halbleinen, € 20,-

ISBN 978-3-7795-0731-4

Eine Zeitzeugin erzählt Kindern  
vom Holocaust.



Will Gmeuling

*Molly Blume*

Illustriert von Anna Schilling

68 S., geb., € 14,-

ISBN 978-3-7795-0732-1

Über elterliche Handysucht und  
eine Tochter, die durchgreift!



PETER HAMMER VERLAG

Mehr Infos zum Programm: [www.peter-hammer-verlag.de](http://www.peter-hammer-verlag.de)